Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Vethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobsstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 3. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7839

Nr. 48. **Magdeburg, Mittwoch, den 26. Februar 1902.** **13. Jahrgang.**

Der augenblickliche Stand der Zuckerfrage

wird von der „Freisinnigen Zeitung" recht zutreffend durch folgende Ausführungen gekennzeichnet:

„Während bisher sich das öffentliche Interesse in erster Linie mit der Frage der Erhöhung der Getreidezölle befaßte, tritt jetzt ernsthaft die Frage der Reform der Zuckerbesteuerung durch Aufhebung der Ausfuhrprämien und Verminderung der Einfuhrzölle unmittelbar in den Vordergrund. Mit Spannung muß man auf die internationale Zuckerkonferenz blicken, welche nach mehrwöchentlicher Vertagung am Sonnabend in Brüssel wieder zusammengetreten ist. Schatzsekretär Freiherr von Thielmann hatte bereits am 8. Januar im Reichstage bei Vorlage des neuen Etats bemerkt, die Befürchtung sei ungerechtfertigt, daß diesmal auch wieder wie auf solchen früheren Konferenzen nichts zustande kommen werde.

Das Verdienst gebührt England, der Sache eine Wendung gegeben zu haben, welche geeignet ist, endlich Wandel zu schaffen. England hat bekanntlich aus finanziellen Gründen zur Deckung der Kriegskosten in Südafrika im vorigen Jahre einen Zuckerzoll bei sich eingeführt. England droht nunmehr, diesen Zoll weiterhin auszubauen durch entsprechende Zuschläge gegenüber allen denjenigen Staaten, welche ihre Zuckerausfuhr prämiieren. England will davon nur absehen, wenn bis zum 1. September 1903 die Aufhebung der Ausfuhrprämien gesichert ist. Aber England hat auch mit Recht erkannt, daß neben den Prämien aus den Staatskassen die Ausfuhr auch noch prämiiert wird durch die Kartellverbände der Zuckerfabriken. Dieselben treiben die Preise für den Verbrauch des Inlandes künstlich in die Höhe und gewähren aus den dadurch gewonnenen Mitteln Prämien für die Ausfuhr. England hebt zutreffend hervor, daß die Kartellverbände nur möglich sind durch hohe Schutzzölle, welche Einfuhrverboten gleichkommen und eine Konkurrenz der Zucker produzierenden Staaten des Kontinents unter einander ausschließen. England verlangt deshalb die Herabsetzung der Zuckerzölle auf höchstens 4 Mark für den Doppelcentner, abgesehen von demjenigen Zollbetrage, welcher der inländischen Verbrauchsabgabe gleichkommt.

Diese englischen Vorschläge bilden das Programm der Brüsseler Zuckerkonferenz. Die Konferenz ist unmittelbar vor Weihnachten zusammengetreten und hat sich seitdem mehrmals vertagt. Die Konferenz hat sich in ihren bisherigen 14 Sitzungen mit einem Vertragsentwurf beschäftigt, der 14 Punkte enthält. Formuliert sind bisher nur die nebensächlichen Punkte, welche die näheren Bestimmungen enthalten, falls die Artikel 2 und 3 des Entwurfs zur Annahme gelangen, die sich auf die Frage der Prämien, der Zölle und der Kartelle beziehen. In der ersten Sitzung der Konferenz nach der Vertagung am Sonnabend vormittag hat man sich auch nur befaßt mit der Redaktion der Nebenbestimmungen der eventuellen Konvention, über welche eine Uebereinstimmung bereits hergestellt ist. Ueber die offengebliebenen Hauptfragen ist über Sonntag vertraulich verhandelt worden. Eine neue Sitzung der Konferenz ist auf diesen Montag nachmittag ½3 Uhr angesetzt.

Die deutsche Regierung ist mit der Aufhebung der Ausfuhrprämien einverstanden, bis jetzt aber nicht mit einer Herabsetzung des Einfuhrzolles auf das von England verlangte Maximum. Der Zuckerzoll in Deutschland beträgt 40 Mark, wovon 20 Mark der Verbrauchsabgabe im Inlande entsprechen. Eine Herabsetzung des Schutzzolles auf 5 Frank gleich 4 Mark würde also einer Herabsetzung des deutschen Einfuhrzolles von 40 Mark auf 24 Mark gleichkommen. Die deutsche Regierung würde nach Mitteilungen, welche die „Köln. Ztg." aus Brüssel erhält, schon jetzt bereit sein, den Zuckerzoll bis auf 28 Mark zu ermäßigen, vielleicht auch, wenn es nicht anders ginge, noch weiter hinuntergehen.

Die österreichisch-ungarischen Delegierten haben die Ermäßigung des Schutzzolles auf 4 Mark bisher für unannehmbar erklärt. Sie versuchen, von England einen Ausgleichssatz zu erreichen, eventuell das Zugeständnis einer allmählichen Herabsetzung des Zolles. Belgien und Frankreich stehen in der Frage der Einfuhrzölle völlig auf Seiten Englands, zumal ihre Zollsätze nur 4 und 8 Mk. betragen. Frankreich ist, insoweit es auf die Abschaffung der indirekten Prämien ankommt, noch nicht klar hervorgetreten. Den keinen Zucker exportierenden Ländern — Spanien, Italien, Schweden — wird vollkommen freie Hand gelassen bezüglich ihrer Zuckersteuergesetzgebung und ihrer Zuckerpolitik, wenn sie die Verpflichtung eingehen, keinen Zucker zu exportieren.

Für Deutschland ist die Aufhebung der Ausfuhrprämien und die Herabsetzung des Schutzzolls geradezu eine gebieterische Notwendigkeit. Die Isteinnahme an Zuckersteuer ist in den ersten zehn Monaten dieses Rechnungsjahres um 18½ Millionen Mark hinter derselben Zeit des Vorjahres zurückgeblieben, wesentlich infolge Zunahme der Ausfuhr. Der Unfug des seit Mitte 1900 bestehenden Kartellverbandes ist geradezu ein öffentliches Aergernis. Die Verteurung der Raffinade zwingt die Zuckerfabrikanten und die Kolonialwarenhändler, eigen- Zuckerfabriken zu errichten. Auch wenn in Brüssel kein allgemeiner Vertrag zustande kommt, liegt für Deutschland ein Sonderabkommen mit England in dem von demselben gewünschten Sinne im deutschen Interesse.

Selbst die Mehrheit des gegenwärtigen Reichstages kann einem solchen Abkommen die Zustimmung nicht versagen. Der § 79 des Zuckersteuergesetzes vom 27. Mai 1896 lautet in Bezug auf die „Aenderung der Zuschußsätze", der Ausfuhrprämien wörtlich wie folgt:

„Der Bundesrat ist ermächtigt, die im § 77 vorgesehenen Zuschußsätze vorübergehend oder dauernd zu ermäßigen oder die Bestimmung über die Zahlung von Zuschüssen vollständig außer Kraft zu setzen, sobald in anderen Rübenzucker erzeugenden Ländern, welche gegenwärtig für die Zuckererzeugung oder Zuckerausfuhr eine Prämie gewähren, diese Prämie ermäßigt oder beseitigt wird. Der bezügliche Beschluß des Bundesrats ist dem Reichstag, sofern er versammelt ist, sofort, andernfalls aber bei seinem nächsten Zusammentreten vorzulegen. Derselbe ist außer Kraft zu setzen, soweit der Reichstag dies verlangt. — Für den Fall, daß der Bundesrat von der vorstehenden Ermächtigung Gebrauch macht, ist **gleichzeitig eine der Ersparnis an Ausfuhrzuschüssen entsprechende Herabsetzung der Zuckersteuer anzuordnen."**

Nach dem letzten Satz muß die Ersparnis der Ausfuhrprämien, die gegenwärtig über 30 Millionen Mark betragen, zu einer Herabsetzung der inländischen Verbrauchsabgabe von **20 auf mindestens 16 Mk.** Anlaß geben. Eine solche Herabsetzung muß selbst auf agrarischer Seite der Aufhebung der Ausfuhrprämien Freunde gewinnen, abgesehen davon, daß bei der Geringfügigkeit des Rübenbaues in Süddeutschland die süddeutschen Agrarier und ebenso die Agrarier in Hessen-Nassau, Westfalen, Schleswig-Holstein und Ostpreußen an der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Gesetzgebung kein erhebliches Interesse haben. Sollte aber der gegenwärtige Reichstag wider Erwarten Schwierigkeiten machen, so würden diese Zuckerfragen sehr dankbare Wahlfragen mit außerordentlicher Zugkraft demnächst abgeben. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 25. Februar 1902.

Aus dem preußischen Landtage.

Ein Kotau. — Die Frauen und die politischen Vereine. — Und dann der Herre Landrat. — Dorf oder Stadt. — Der Bund der Landwirte. — Der Ausweisungskurs geht weiter.

H. **Berlin,** 24. Februar. Das Abgeordnetenhaus setzte am Montag die Generaldebatte über das Ressort des Ministeriums des Innern fort. Die Sitzung begann mit einer recht pikanten Episode. Geheimrat v. Falkenhayn, jener überschneidige Regierungskommissar, der am Sonnabend der Berliner Stadtverordneten-Versammlung vorgeworfen hatte, aus Laune Herrn Kauffmann zum zweitenmal gewählt zu haben, war von seinem Chef, dem Minister, zu einer Erklärung genötigt worden, die einem pater peccavi verzweifelt ähnlich sah. In kleinlauter Weise las der Herr sein Sprüchlein von einem Zettel ab und sagte, er habe den Stadtverordneten keine unsachlichen Motive unterschieben wollen.

Der Minister Freiherr v. Hammerstein kam dann auf die Versammlung im Cirkus Busch zurück. Er mußte zugestehen, daß Frauen anwesend gewesen seien, entschuldigt aber die Duldung dieser Anwesenheit seitens des Berliner Polizeipräsidenten damit, daß jene Damen ja nicht in die Debatte eingegriffen hätten. Uns kann eine solche liberale Handhabung des Vereinsgesetzes nur willkommen sein, nur soll man damit nicht einseitig die Herren Agrarier und ihre Damen beglücken. Der Minister entwickelte im weiteren ein paar Gedanken zu einer eventuellen Verwaltungsreform in Preußen. Die Regierungspräsidenten sind überlastet und es ist möglich, daß man einige ihrer Funktionen den Landräten zuweist. Im Landrat sieht Herr v. Hammerstein den wahren Grund- und Eckstein des preußischen Staates, und seine Machtvollkommenheit noch mehr zu stärken, scheint das hehrste Ziel dieses reaktionären Herrn zu sein.

Der freisinnige Abgeordnete Dr. Crüger richtete dann an den Minister die Frage, wie er zur Verleihung des Stadtrechts an die großen um Berlin gelegenen Dörfer Lichtenberg, Weißensee und Wilmersdorf stehe. Die Antwort, die Herr von Hammerstein gab, war ziemlich dilatorisch gehalten. Er erkannte an, daß ebenso wie Rixdorf und Schöneberg auch die übrigen großen Dorfgemeinden um Berlin mit der Zeit Städte werden müssen, aber für den Augenblick besteht im Ministerium wenig Neigung, die Wünsche dieser Orte zu erfüllen.

Der folgende Teil der Sitzung brachte eine frisch-fröhliche Fortsetzung des so plötzlich auf der ganzen Linie entbrannten Kampfes zwischen dem Bund der Landwirte und den Nationalliberalen. Zunächst erklärte der nationalliberale Hofbesitzer Westermann, der selbst mit Hilfe des Bundes gewählt ist, die Polemik seines Freundes v. Eynern gegen den Bund sei doch wohl übertrieben. Aus dieser kleinen Desavouierung schien der Bundeshäuptling Dr. Diederich Hahn erhöhten Mut zu schöpfen. In einer großen Rede ging er mit der ganzen Wichtigthuerei, die ihn auszeichnet, mit der nationalliberalen Partei ins Gericht, der er drohend zurief, sie möge sich bei den nächsten Wahlen in Acht nehmen. Es entbehrte nicht einer gewissen Komik, wie dieser agrarische Agitator den Bund der Landwirte als harmlos und unpolitisch hinzustellen suchte, wie er den Husarenritt ins Centrumsland als eine friedliche „Aufklärungsarbeit" charakterisierte, dem Centrum die Bruderhand darbot und in demselben Atemzuge recht herrische Drohungen gegen Nationalliberale, wie gegen Centrumsleute vorbrachte. Der nationalliberale Abgeordnete von Eynern antwortete dem selbstbewußten Herrn mit der erforderlichen Energie. Er hielt den Vorwurf der politischen Charakterlosigkeit des Bundes voll aufrecht und machte Herrn Hahn darauf aufmerksam, daß er selbst in seinem hannoverschen Wahlkreise doch einige Rücksicht auf die Nationalliberalen zu nehmen habe.

Die Debatten im letzten Teil der Sitzung boten geringeres Interesse. Der Minister Frhr. von Hammerstein antwortete sehr kurz, daß der Ausweisungskurs des Herrn v. Köller auch unter seinem Nachfolger fortgesteuert werden würde und überließ es dann einem Kommissar, die Ausweisungsfälle im einzelnen zu rechtfertigen.

Morgen geht die Debatte weiter. —

Aus dem Reichstage.

hg. **Berlin,** 24. Februar. Der Reichstag erledigte heute in kurzer Sitzung die zweite Lesung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern. Der Etat der Zölle — es sind die Getreidezölle — mit einem Ertrag von rund 500 Millionen Mark wurde an die Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen. Beim Etat der Verbrauchssteuern gab es nur eine kleine Debatte über Tabaksteuern, die rein theoretischer Natur war. Die Abgeordneten Rösicke-Kaiserslautern und Heyl zu Herrnsheim machten aus ihrer Begeisterung für eine bedeutende Erhöhung des Zolls auf ausländischen Tabak keinHehl, unser Genosse Molkenbuhr wies eindringlich auf die schweren Gefahren hin, die eine Erhöhung des Zolls für die schon jetzt elend bezahlten Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen mit sich bringen würde. Jede in Aussicht stehende Zollerhöhung veranlaßt die Konsumenten, sich große Vorräte von noch billigen Cigarren anzuschaffen, tritt dann der Zoll ein, so entsteht Absatzlosigkeit, Arbeiterentlassungen und schwerer Lohndruck. Der Schatzsekretär beschränkte sich auf die Behauptung, daß der deutsche Tabakbau im allgemeinen nicht zurückgegangen sei; und daß die Gewichtssteuer, die gegenwärtig erhoben wird, die beste Steuerart wäre.

Das Plenum gönnt sich zwei Tage Ferien, um für die Kommissionsarbeiten Raum zu schaffen. — Am Donnerstag stehen Wahlprüfungen und Petitionen auf der Tagesordnung. —

Die politische Situation in Italien und die Sozialisten.

Die sozialistische Kammerfraktion und der Parteivorstand der sozialistischen Partei traten am Sonnabend zusammen, um über ihre Haltung in der gegenwärtigen politischen Situation zu beraten. Es kam eine Erklärung zustande, in der es heißt, daß die günstigen Abstimmungen, welche die sozialistische Gruppe im Juni v. J. dem Ministerium Zanardelli gegeben, zur Verteidigung der Organisation des Proletariats und der Koalitionsfreiheit notwendig waren. Sodann wird festgestellt, daß in der Stellungnahme des Ministeriums gegenüber der Arbeiterschaft ein Frontwechsel zu verzeichnen sei. Dies zeige sich in den Erklärungen der Regierung zur Eisenbahnerbewegung, ferner in der Unter-

stützung der Turiner Gasgesellschaften dadurch, daß denselben Soldaten an Stelle der Streikenden zur Verfügung gestellt wurden. Die Haltung der Regierung bei der Frage des Arbeitsamtes im Senat, in der Errichtung obligatorischer Schiedsgerichte, die Aufrechterhaltung des Zwangs-Domizils und anderes mehr zeige, daß die Regierungspolitik dazu neige, mehr und mehr einen volks- und arbeiterfeindlichen Charakter anzunehmen. Die Stellungnahme der sozialistischen Gruppe wird deshalb eine den veränderten Umständen entsprechende zu sein haben. Der letzte Satz der von Bissolati ausgearbeiteten Erklärung, in der es hieß, daß die sozialistische Gruppe eine gemeinsame Aktion mit der ganzen Linken herbeiführen möge, wurde abgelehnt. Diejenigen, welche den obigen Zusatz ablehnten, erklärten jedoch, daß sie durchaus nicht gegen ein Zusammenwirken mit der äußersten Linken der bürgerlichen Parteien seien, aber sie wünschen, daß die sozialistische Partei eine solche gemeinsame Aktion nur von Fall zu Fall beschließe. —

Der Kongreß der italienischen Sozialisten wird vom 15. September an in Imola tagen. Schon 1894 sollte der Parteikongreß in dieser Stadt abgehalten werden, wurde jedoch von Crispi verboten. —

Deutschland.

Berlin, 25. Februar. Die Plenarsitzungen im Reichstage werden am Dienstag und Mittwoch ausfallen, um Raum für die Kommissionsverhandlungen zu schaffen. Die Zolltarifkommission wird daher am Dienstag und Mittwoch den ganzen Tag über zusammen sein. —

— Der Nachtragsetat für 1901, betreffend Beihilfen an Kriegsteilnehmer für das Vierteljahr Januar—März 1902, ist, der „Rhein.-Westf. Ztg." zufolge, nunmehr dem Bundesrat zugegangen und dürfte im Laufe der nächsten Woche an den Reichstag gelangen. —

— **„Die Sozialdemokratie ist von ihrem Standpunkt aus bestrebt, unglückliche Leute zufrieden zu machen.** Der Bund dagegen bemüht sich nach Möglichkeit zufriedene Leute unglücklich zu machen." Also hat der — nationalliberale Parteiführer v. Eynern in der gestrigen Landtagssitzung in einer Polemik gegen den agrarischen Kampf„hahn" gesagt. Man sieht also, daß auch blinde Hennen gelegentlich ein Korn finden. Jedenfalls werden wir uns die günstige Censur des Herrn v. Eynern merken für die Fälle, in denen nationalliberale Redner wieder „anders" können und die Sozialdemokratie als Ausbund aller Schlechtigkeit hinstellen. —

— **Städte und Zolltarif.** Mitglieder der Berliner städtischen Behörden haben sich der Berliner „Volkszeitung" zufolge heute schlüssig gemacht, eine Versammlung von deutschen Städtevertretern zwischen Ostern und Pfingsten nach Berlin zu berufen, um gegen die Zolltarifvorlage der Regierung Stellung zu nehmen. — Bekanntlich fand auch am 17. Mai 1879 wegen der damaligen Zolltarifvorlage ein „Städtetag" in Berlin statt, auf welchem mit 68 gegen 4 Stimmen eine Resolution gegen die Einführung von Lebensmittel-Zöllen beschlossen und eine „Anti-Kornzollliga" ins Leben gerufen wurde. Ob die diesmalige Versammlung mehr Erfolg haben wird, wie die einstige, die den damaligen Zolltarif nicht verhindern konnte, ist bei der pflaumenweichen Haltung „deutscher Städtevertreter" noch sehr zweifelhaft. Trotzdem ist die Situation an sich diesmal natürlich weit günstiger für die Gegner des Zollwuchers, weil damals die Sozialdemokratie eine kleine von einem hartherzigen Ausnahmegesetz niedergeworfene Partei war, während sie jetzt die größte und einflußreichste Partei ist, die die Führung im Kampfe gegen den Zollwucher übernommen hat. —

— **Der Transport politischer Gefangener** ist am Sonnabend in der bayerischen Abgeordnetenkammer zur Sprache gekommen. Nach dem Bericht der offiziösen „Augsburger Abendzeitung" äußerte der Minister des Innern Frhr. v. Feilitzsch: „Was die Anfrage anlangt, ob auch in Bayern etwa ein Mann, welcher wegen politischer Vergehen angeklagt ist, gefesselt zum Gerichte geführt und wieder in das Gefängnis zurückgebracht werden könne, so kann ich darauf erklären, daß ich mir keinen Fall denken kann, in welchem eine solche Fesselung in Bayern jemals stattgefunden hat oder auch künftig stattfinden könnte. . . . Ich glaube also, daß ich die Anfrage dahin beantworten kann, daß eine Fesselung eines solchen Mannes nie stattfinden wird, ausgenommen es wäre eine Fluchtgefahr geradezu drohend und ein solcher Fall wird ja kaum gegeben sein." — Genosse Bredenbeck mag bitter bedauern, daß Herford und Dortmund nicht in Bayern liegen. —

Hannover, 20. Februar. („Frankf. Ztg.") Anfangs Dezember betrug nach der Zählung des hiesigen Gewerkschaftskartells die Zahl der Arbeitslosen 3590, davon 2184 verheiratete und 1406 unverheiratete. Die Verheirateten hatten 4381 Kinder. Seit Weihnachten ist die Zahl der Arbeitslosen, wie man voraussah, noch bedeutend gestiegen. Nach der neuesten Zählung, deren Listen zum Teil noch ausstehen, beträgt die Zahl der Arbeitslosen 5734, davon 1982 unverheiratete und 3752 verheiratete mit 7282 Kindern. Auffällig ist die große Steigerung der verheirateten Arbeitslosen und damit die der zugehörigen Kinder. Bei vollständiger Zählung wird die Zahl der Arbeitslosen weit über 6000 betragen. Rechnet man dazu die Zahl der Frauen und Kinder, so ergiebt sich eine Zahl von ca. 17000 durch Arbeitslosigkeit betroffenen Personen. —

Italien.

Die Ministerkrisis. — Die Ausstandsbewegung.

Nach einem Telegramm der „Volksztg." aus Mailand wies der König die Demission des Ministeriums zurück und befahl die Veröffentlichung des Protokolls des Ministerrats vom 12. Januar, worin der klerikale Graf Giusso die Einbringung der Scheidungsbill befürwortete. Der König tadelte das Ungeschick des Vicepräsidenten der Kammer, welcher gegen die Geschäftsordnung die Stichwahl zwischen Costa (mit 17) und Villa (mit 142 Stimmen) anordnete. (Die weißen Zettel zählen nicht für Costa.) Er befahl dem Gesamtministerium, sich von neuem zu präsentieren, ungesäumt die Verhandlungen aufzunehmen und eine klare Entscheidung gegen die Rechte in parlamentarischer Schlacht sofort zu erzwingen.

Infolge des teilweisen Ausstandes der Eisenbahnbeamten in Turin hat die Regierung verfügt, daß das Eisenbahnpersonal in ganz Italien unter militärischen Befehl gestellt und, soweit nötig, durch Militär ersetzt wird. Da der gegenwärtige Effektivbestand der Armee ein geringer ist, ist eine Jahresklasse zu den Waffen einberufen worden. —

Belgien.

Regierung und Nationalgarde.

Die Regierung ist der Nationalgarde durchaus nicht sicher. Bei evtl. Volkserhebungen kann sie sich auf diese nicht verlassen. Wie der „Peuple" mitteilt, haben die Kommandeure der Nationalgarde strenge Befehle von oben erhalten. In den Instruktionen wird u. a. anbefohlen, daß jeder Gardist, welcher zögern sollte, den Befehlen der Offiziere nachzukommen, der etwa nicht schießen oder in die Luft schießen wollte, sofort in Haft zu nehmen ist. — ac.

Nordamerika.

Der Besuch des Prinzen Heinrich.

Prinz Heinrich ist gestern vorm. 10 Uhr in Washington angekommen. Vom Bahnhof begab er sich, wie der „Lokal-Anzeiger" aus Washington über New-York meldet, durch die Pennsylvania-Avenue, die gedrängt voll von Menschen war, unter der Eskorte einer Schwadron und unter Kanonendonner nach dem Weißen Hause. Auf der Straße bildeten Polizei und Militär Spalier. Das Gespann eines Wagens ging durch und rannte an den Prinzen-Wagen. Im Weißen Hause empfing Präsident Roosevelt den Prinzen im historischen blauen Zimmer. Nach kurzer Unterhaltung übermittelte der Prinz die Botschaft des Kaisers. Dann schritten beide nach dem grünen Salon, wo Mrs. Roosevelt, Miß Alice und die Minister mit ihren Damen vorgestellt wurden. Mittag fuhr der Präsident mit Frau, Tochter und Kabinett beim Hotel der Botschaft vor.

Der Bürgermeister von New-York erließ gestern nachmittag eine Bekanntmachung folgenden Inhalts: „Am morgigen Tage wird die neue Yacht des deutschen Kaisers hier von Stapel laufen und von der Tochter unseres Präsidenten auf den Namen „Meteor" getauft werden, worauf die Stadt New-York nachmittags dem Prinzen Heinrich von Preußen im Rathause das Ehrenbürgerrecht erteilen wird. Im Hinblick auf diese interessanten Ereignisse fordere ich die Bürgerschaft auf, den morgigen Tag als Festtag zu betrachten und in ihren Wohn- und Geschäftshäusern die Nationalflagge auszuhängen".

Die „Associated Preß" veröffentlicht den Inhalt eines Interviews, das einer ihrer Vertreter mit dem Begleiter des Prinzen Heinrich, Kapitän v. Müller, sofort nach der Ankunft des „Kronprinz Wilhelm" hatte. Im Verlaufe des Gesprächs berührte der Interviewer die Angelegenheit Dewey. Kapitän von Müller schilderte die Sachlage bei dem Mahl, das Prinz Heinrich seiner Zeit im Hafen von Hongkong den gleichzeitig dort anwesenden fremden Schiffskommandanten gab, und hob hervor, der Prinz habe später bei einem gelegentlichen Besuche auf Deweys Flaggschiff „Olympia" Dewey darin Recht gegeben, daß, da Dewey bei jenem Mahle der älteste der anwesenden Gäste war, der Prinz in seinem Toast auf die Souveräne und Oberhäupter der in Hongkong vertretenen Flaggen den Präsidenten der Vereinigten Staaten vor den Souveränen Englands und Rußlands hätte nennen sollen. Dewey habe die Erklärung des Prinzen mit herzlichem Dank aufgenommen und ihm gesagt, er habe ihn schon immer gern gehabt, jetzt aber liebe er ihn noch mehr. Dewey habe später den Prinzen eingeladen, ihn in Manila zu besuchen, die dienstlichen Aufgaben des Prinzen an der chinesischen Küste hätten ihm aber nicht gestattet, der Einladung nachzukommen. Kapitän von Müller äußerte sich sodann auf Befragen über die Bedeutung des Prinzen Heinrichs in Amerika. Er erwähnte, daß Prinz Heinrich schon bei seiner Rückkehr aus Ostasien den lebhaften, damals nicht realisierbaren Wunsch hatte, die Vereinigten Staaten kennen zu lernen, und daß Prinz Heinrich es als seine Aufgabe betrachte, die auf gegenseitige Wertschätzung gegründete Freundschaft zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu fördern.

Südafrika.

Zur Kriegslage

vermag die „Tägliche Rundschau" aus bester Quelle zu versichern, daß Kommandos der Buren das gesamte Gebiet der Kapkolonie, des Freistaates und Transvaals unaufhörlich durchziehen und die englischen Truppen allerorten in Schach zu halten wissen. Im Dezember und Januar fanden über 600 Gefechte statt. Es ist gar kein Gedanke daran, daß England mit seinen militärischen Mitteln der Buren Herr werden kann. Nur zwei Dinge giebt es, welche die kriegerische Kraft der Buren brechen könnten: die fortgesetzte Lieferung von Pferden aus allen Weltteilen und der Ausschluß aller Aerzte. Die Mächte haben nur die Wahl, ob sie die gewaltsame Entfernung aller den Buren behilflichen Aerzte vom Kriegsschauplatz — soeben sind wieder zwei von ihnen zur Rückkehr nach Deutschland gezwungen worden — ferner stillschweigend zusehen und damit geradezu einen Mord an einem um seine Freiheit ehrlich kämpfenden Völkchen begünstigen oder mit der nötigen, mit strenger Neutralität wohl zu vereinbarenden Energie auf die Beobachtung civilisierter Kriegsgebräuche dringen wollen. Im letzteren Falle kommt die Pferdefrage erst an zweiter Stelle. —

Zum Vereinsrecht der Frauen.

Die Landwirtsbündler haben sich um das Vereinsrecht der Frauen ein Verdienst erworben so schreibt der „Vorwärts". Bekanntlich sind in der Versammlung des Bundes der Landwirte, eines politischen Vereins, im Cirkus Busch dieser Tage auch Frauen anwesend gewesen und diese Thatsache ist im preußischen Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht worden. Freisinnige Abgeordnete haben den Minister gefragt, wie es zugeht, daß es dem Verein der Agrarier gestattet wurde, Frauen zuzulassen.

Darauf ist in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Herrn Minister des Innern, also von maßgebendster Seite eine nicht unerfreuliche Erklärung erfolgt. Der Herr Minister vertritt den Standpunkt, daß Frauen, wenn sie lediglich als Zuhörerinnen kommen, zu den Versammlungen politischer Vereine Zutritt haben. Nur wird dafür gesorgt werden müssen, daß sie sich in einem abgesonderten Zuhörerraum, also beispielsweise auf der Galerie eines Saales befinden. Unsere politischen Vereine werden die offizielle Regierungserklärung nicht unbeachtet lassen und die nächste Veranlassung benutzen, den weiblichen Parteigenossen Gelegenheit zu geben, sich wenigstens als Zuhörerinnen von den Vorgängen in den Vereinen zu unterrichten. —

Aus der Parteibewegung.

Sozialdemokratischer Sieg bei einer Kirchenwahl. Die „Fränkische Tagespost" schreibt: „Noch nie dagewesen in Nürnberg!" schreibt die „Nordbayerische". „So was war noch nicht da!", der „Fränk. Kurier". Nämlich die Beteiligung von Sozialdemokraten an einer Kirchenwahl. Die Genossen von St. Jobst usw. beteiligten sich an derselben und drangen mit ihrer Liste durch. Sie beteiligten sich einzig und allein aus dem Grunde, um die geplante Kirchensteuer illusorisch zu machen." — Sollte es nicht auch zu dem erstrebten Ziele führen, wenn die betreffenden Genossen aus der Kirche ausscheiden? Dieser Weg wäre jedenfalls einwandsfreier. —

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Schneiderstreik in Flensburg ist nun beschlossene Sache. Die Arbeitgeber haben die Lohnforderung der Arbeiter vollständig abgelehnt. —

Achtung, Bildhauer! Die Differenzen bei der Firma Hauer (Stuckgeschäft), Berlin, und der Möbelfabrik Zelder u. Plathen sind noch nicht beigelegt. —

Achtung, Modelltischler! Wie der Stettiner „Volksbote" erfährt, schickt die Gesellschaft „Union", welche ihre Modelltischler ausgesperrt hat, Zeichnungen nach Stettin und sucht dort auch Modelltischler. Es ist anzunehmen, daß dies auch anderwärts geschieht. Die Modelltischler werden deswegen wiederholt gebeten, weder Streikarbeit anzufertigen, noch Arbeit in Berlin anzunehmen. —

Der Streik in der Handschuhfabrik von Möller zu Arnstadt, welcher seit Anfang November v. Js. dauert, ist durch Vergleich beigelegt worden. —

Der fromme „Reichsbote" in Berlin hat seine Sonntagsnummer nicht rechtzeitig fertigstellen können, weil die gottlosen Stereotypeure des Blattes teuflischerweise, wie der „Reichsbote" behauptet, „kontraktwidrig" die Arbeit niederlegten. Wie wir erfahren, erfolgte die Arbeitsniederlegung der Stereotypeure infolge Maßregelung eines Kollegen.

Die Situation in Greiz ist unverändert. An die Albertschen Arbeiter ist am Sonnabend zum ersten Male Unterstützung gezahlt worden. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 25. Februar 1902.

— **Ein trauriges Familiendrama** hat sich am Montag abend im Hause Breiteweg 87, in der Sudenburg, zugetragen. Wahrscheinlich infolge einer Auseinandersetzung mit seinem Vater, dem Betriebssekretär Sch., hatte sich dessen Sohn, ein Student, die Pulsadern aufgeschnitten. Hierüber geriet der Vater in Tobsucht, wobei er arge Verwüstungen in der Wirtschaft anrichtete. Vater und Sohn wurden schließlich unter polizeilichem Schutz nach der Sudenburger Krankenanstalt gebracht. —

— **Einziehung der alten Postwertzeichen mit Ende März.** Der Staatssekretär des Reichspostamts, Krätke, erläßt folgende Bekanntmachung: „Nach einem zwischen der Reichspostverwaltung und der königlich württembergischen Postverwaltung abgeschlossenen Uebereinkommen werden vom 1. April dieses Jahres ab für das Reichspostgebiet und für Württemberg gemeinsame Postwertzeichen mit der Inschrift „Deutsches Reich" eingeführt. Mit dem Verkaufe der neuen Postwertzeichen wird am 20. März begonnen werden; jedoch sind die neuen Postwertzeichen nicht vor dem 1. April zur Frankierung gültig. Die zur Zeit im Reichspostgebiet umlaufsfähigen Postwertzeichen mit der Inschrift „Reichspost", und zwar die letzte Ausgabe mit dem heraldischen Adler und die laufende Ausgabe mit der Germania, werden mit Ende März d. J. außer Kurs gesetzt; die Marken dürfen daher nach dem 31. März nicht mehr zur Frankierung von Postsendungen oder Telegrammen benutzt werden. Es empfiehlt sich, beim Einkaufe von Freimarken, Postkarten usw. auf die bevorstehende Einführung neuer Postwertzeichen Rücksicht zu nehmen und nicht zu große Markenbestände vorrätig zu halten. Unverwendet gebliebene Mengen der zur Zeit im Reichspostgebiete gültigen Wertzeichen können in der Zeit vom 20. März bis Ende Juni d. J. bei den Reichspostanstalten

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 48. Magdeburg, Mittwoch, den 26. Februar 1902. 13. Jahrgang.

Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission

der Gewerkschaften Deutschlands wird in der neuesten Nummer des „Correspondenzblatt“ veröffentlicht. Abgesehen von der üblichen agitatorischen Thätigkeit der Kommission ist als besonders wichtig die Wahl der Arbeitervertreter im Reichsversicherungsamt hervorzuheben. Obgleich der Wahltermin schließlich vier Wochen früher festgesetzt wurde, als ursprünglich zu erwarten war, gelang es doch, die Wahlarbeit so zu beschleunigen, daß gleichzeitig mit der Versendung der amtlichen Stimmzettel auch unsere Kandidatenliste an die Schiedsgerichtsbeisitzer versandt werden konnte. Wenn für die Industrie ein Vertreter und für die Landwirtschaft 14 Vertreter, die nicht auf unserer Liste standen, als gewählt proklamiert wurden, so kam dies daher, daß die von unserer Liste Ausgefallenen nicht in einem versicherungspflichtigen Betriebe arbeiteten, also nicht wählbar waren. Infolgedessen traten an die Stelle solcher von unserer Seite aufgestellten Kandidaten diejenigen, welche die nächstgrößte Stimmenzahl hatten und wählbar waren. Bei den Kandidaten für die Landwirtschaft war mit diesem Umstand von vornherein zu rechnen, weil es bei dem Mangel jeglicher Organisation dieser Arbeiter, schwer war, in der Kürze der Zeit die nötigen Feststellungen zu machen, ob die Betriebe, in denen die Kandidaten thätig waren, der Unfallversicherungspflicht unterlagen. Bedauerlicherweise erhielt die von den organisierten Seeleuten aufgestellte Kandidatenliste für die seemännischen Berufe nicht die Majorität.

Mehreren Anforderungen, zum Bau oder zur Mietung von Versammlungslokalen Mittel zur Verfügung zu stellen, konnte die Kommission nicht entsprechen. Nur in einem Falle wurde eine Summe für diesen Zweck zur Verfügung gestellt, weil die Verhältnisse an dem betreffenden Orte dies dringend geboten erscheinen ließen. Ebenso war es nicht angängig, alle die Gesuche um Gewährung von Mitteln zur Gründung und Erhaltung von Arbeitersekretariaten zu bewilligen, weil die Vorbedingung, welche der Gewerkschaftskongreß für die von der Generalkommission zu gewährende Beihilfe als notwendig voraussetzte, in den Orten, aus welchen die Anträge kamen, nicht gegeben war.

Nach den Erfahrungen, welche im letzten Jahre mit der praktischen Verwendung des von der Generalkommission gelieferten Materials für die Streikstatistik gemacht worden sind, ist das Material abgeändert und neu angefertigt worden. Die Vorbedingung für eine allen Anforderungen entsprechende Streikstatistik dürfte nunmehr gegeben sein. Wenn die Erhebungen noch nicht vollkommen ausfallen, so muß berücksichtigt werden, daß die Verwaltungsbeamten der Zweigvereine der Gewerkschaften sich erst die nötige Uebung in der Benutzung des Erhebungsmaterials aneignen müssen. Es ist bestimmt darauf zu rechnen, daß nach Verlauf eines weiteren Jahres diese Uebung vorhanden sein dürfte und unsere Streikstatistik der Kritik Stand halten wird.

Auf fast allen Kongressen und Generalversammlungen von Gewerkschaften nahmen Mitglieder der Generalkommission teil. Auf der Konferenz der Blumen- und Federarbeiter sowie auf dem Kongresse der Civilberufsmusiker, der Kürschner und der Fensterputzer erfolgte die Gründung eines Centralverbandes der genannten Branchen. Die ersteren drei Verbände sind der Generalkommission angeschlossen, während bezüglich des Verbandes der Fensterputzer nicht bekannt geworden, ob derselbe thatsächlich ins Leben getreten, oder ob der Kongreßbeschluß nicht zur Ausführung gelangt ist.

Dem Organisations-Komitee der Gewerbegerichtsbeisitzer, welches auf einer Konferenz in Leipzig im Jahre 1900 gewählt war, sind seitens der Generalkommission die Mittel zur Verfügung gestellt, deren es zur Erledigung seiner Arbeiten bedurfte. Die Tragung der Unkosten für eine von dem Komitee in Aussicht genommene Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer, wurde jedoch von der Generalkommission abgelehnt.

Die Auflage des „Correspondenzblattes“ stieg von 10 900 Exemplaren im Dezember 1900 auf 12 100 Exemplare im Dezember 1901. Die Auflage des gleichfalls von der Generalkommission herausgegebenen italienischen Blattes „L'Operaio Italiano“ hat sich im verflossenen Jahre nicht vergrößert. Den wiederholten Anträgen der Genossen aus den Bezirken, in welchen die polnische Sprache vorherrschend ist, gab der Gewerkschaftsausschuß schließlich nach und wurde am 1. April 1901 ein polnisches Organ „Oswiata“ (Erleuchtung) ins Leben gerufen. Die Einrichtung wurde in der gleichen Weise getroffen, wie bei „L'Operaio Italiano“, d. h. von den Herstellungskosten tragen die Verbände, welche das Blatt beziehen, zwei Drittel und die Generalkommission trägt ein Drittel. Das Blatt hat bisher eine Auflage von 3000 Exemplaren.

Die Einnahmen der Generalkommission betrugen im Jahre 1901 mit dem Bestande vom 31. Dezember 1900 die Höhe von 20 659,31 Mark 118 865,04 Mark, die Ausgaben 70 145 Mark, so daß in das Jahr 1902 ein Bestand von 48 720,04 Mark übernommen werden konnte. —

Deutscher Reichstag.

(151. Sitzung.)

Berlin, den 24. Februar 1902.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Der Titel Zölle wird auf Antrag Dr. Müller-Sagan (Freis. Vp.) an die Budgetkommission überwiesen.

Es folgt der Titel Tabaksteuer.

Abg. Dr. **Roesicke**-Kaiserslautern (Bd. d. Landw.) macht auf den Rückgang des inländischen Tabakbaues aufmerksam. Die Schuld daran trägt die ungenügende Spannung zwischen Höhe der Steuer und Höhe des Zolls. Ein höherer Tabakzoll ist unbedingt notwendig. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.):

Herr Roesicke hat durch seine Ausführungen nur bewiesen, daß er von den wesentlichen Vorgängen des deutschen Tabakbaues keine Ahnung hat. Wenn die geringe Spannung zwischen Steuer und Zoll schuld wäre, dann hätte sich vom Jahre 1879 ab, wo der Zoll von 24 Mark auf 85 und die Steuer von 7 auf 45 Mark erhöht wurde, der Tabakbau erheblich besser stehen müssen.

In den ersten Jahren war das auch der Fall. Die Tabakbauern spekulierten darauf, daß sie jetzt die einzigen Lieferanten für die Cigarrenfabrikation sein würden. Thatsächlich wurde aber der Absatz immer geringer, weil der deutsche Tabak in sehr vielen Arten gar nicht zur Cigarrenfabrikation zu gebrauchen ist und nur zum Pfeifentabak verschnitten werden kann. Nach der Zollerhöhung von 1879 mußte aber der Pfeifentabak erheblich verteuert werden, weil die Steuer ausschließlich von den Konsumenten genommen werden mußte, während die Tabakfabrikanten es verstanden, sie auf die Arbeiter abzuwälzen. Herr Rösicke sprach davon, daß nur die kleinen und kleinsten Leute Tabakbau betrieben, dann ist wohl Frhr. Heyl zu Herrnsheim auch einer von den kleinen, die geschützt werden müssen. Den Tabakbauern selbst thun Sie einen schlechten Dienst, wenn Sie ihnen mit dem Zolle helfen wollen. Die Folge würde sein, daß nur noch Cigaretten geraucht würden, und dann können wir den deutschen Tabak gar nicht mehr gebrauchen, höchstens als Zierpflanze. Zuzugeben ist, daß die Art der Steuererhebung heute nicht die richtige ist. Einer Aenderung in dieser Beziehung würden auch wir zustimmen. Daß die Herren vom Bunde der Landwirte für Zollerhöhungen sind, begreife ich ja. Was kümmern Sie (nach rechts) sich um die 150 000 Tabakarbeiter. Im Jahre 1879 sind Tausende nach Amerika ausgewandert und die männlichen Arbeiter wurden durch weibliche ersetzt. Jetzt haben Sie ja die weiblichen Arbeiter und wenn die noch mehr bedrängt werden, dann können sie sich ja der Prostitution ergeben. Was kümmern Sie sich darum. (Unruhe rechts. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf **Ballestrem**:

Der Herr Abg. Molkenbuhr hat ohne jede Provokation die privaten Verhältnisse des Abgeordneten Freiherr Heyl zu Herrnsheim in seine Ausführungen verwickelt. Ich muß das als gänzlich unangebracht bezeichnen.

Schatzsekretär Frhr. **v. Thielmann**:

Die Ausführungen der beiden Herren Vorredner erinnern mich lebhaft an ein schönes Geschichtchen. Ein französischer König wandte sich an die Pariser Sorbonne mit der Frage: Weshalb wiegt ein toter Fisch mehr als ein lebendiger. Die verschiedensten Gutachten liefen ein mit den verschiedensten Gründen für diese Erscheinung. Als aber die beiden Fische gewogen wurden, fand man, daß das Gewicht dasselbe war. (Heiterkeit.) Was die Art der Steuererhebung anlangt, so ist eine Wertsteuer deshalb nicht angängig, weil der Tabak an Güte sehr wechselt und der Steuererheber auch der Pflanze nicht ansehen kann, welchen Wert sie schließlich als Tabak liefern wird.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.)

wünscht Beseitigung der Plackereien bei der Erhebung der Tabaksteuer.

Abg. Dr. **Rösicke**-Kaiserslautern (B. d. L.):

Wäre Herr Molkenbuhr im Recht gewesen, wäre er nicht so grob geworden, mir vorzuwerfen, ich verstehe nichts von der Sache.

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (natl.):

Ich werde stets für die kleinen Tabakbauern eintreten. Natürlich muß auch der Zoll für Cigarren und Cigaretten erhöht werden. Der deutsche Zoll auf Cigaretten ist geradezu ein Kinderspiel gegen den amerikanischen Zoll.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.):

Ich bin nicht grob, sondern höflich gegen Herrn Rösicke gewesen. (Heiterkeit.) Ich habe ihm nur nachgewiesen, daß er ganz willkürlich ein Jahr aus der Statistik herausgegriffen hat. Ich war Cigarrenarbeiter; ich habe erlebt, wie zahlreiche Familien von Tabakarbeitern durch den Zoll zu Grunde gerichtet worden sind. Die Löhne sind jetzt so herabgedrückt, daß sie etwa auf einer Stufe mit denen der Thüringer Spielwarenarbeiter stehen. Wird der Zoll von neuem erhöht, so ist eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der Tabakarbeiterinnen und damit eine Erschütterung der Sittlichkeit die unabwendbare Folge.

Abg. Dr. **Roesicke**-Kaiserslautern (B. d. L.):

Ich verstehe nicht, wie durch Vergrößerung des inländischen Tabakbaues die Arbeiter arbeitslos werden sollen. Wir wollen ja gerade eine Unterlage für die Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiter schaffen.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.):

Wenn eine Zollerhöhung für Tabak in Aussicht steht, versorgen sich alle Konsumenten mit Tabak, und tritt dann der Zoll in Kraft, so wird eine allgemeine Arbeitsstockung und zahlreiche Arbeiterentlassungen die Folge sein. Der ausländische Tabak ist bedeutend leichter zu verarbeiten als der inländische.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Roesicke (B. d. L.) schließt die Diskussion, der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Etats, sowie der Etat der Reichsstempelabgaben.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf **Ballestrem**:

Meine Herren! Ich schlage Ihnen vor, die nächsten beiden Tage der Budgetkommission für ihre Arbeiten freizulassen (Bravo!) und die nächste Sitzung zu halten Donnerstag 1 Uhr. (Wahlprüfungen und Petitionen.)

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Das Vergessen?

Elsaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Th. Cahu und L. Forest.

Aus dem Französischen übersetzt von Suzanne Braeutigam-Romane.

(46. Fortsetzung.)

Erschreckt über die Nachricht, daß der Offizier sich bei Stockmann befand, faltete Katherine die Hände.

„Meine arme Kleine! . . . Kennst Du denn Deinen Vater nicht? . . . Was soll aus uns werden? Er wird uns trennen . . . — mich wird er fortjagen, und Du, . . . Du . . . was wird mit Dir geschehen?“

„Ich weiß nicht, meine liebe Käthel . . . Ich wage kaum zu hoffen, aber ich bin fest entschlossen, mich mit dem zu verheiraten, den ich mir erwählt . . . Man kann nichts gegen ihn sagen, als daß er ein Deutscher ist. Er hat nicht danach gefragt, daß ich eine Französin bin, als er mich mit Gefahr seines Lebens rettete.“

„Wenn Dein Vater nicht will . . . und er wird nicht wollen . . . , kannst Du nicht gegen seinen Willen heiraten.“

„Doch . . . ich bin einundzwanzig Jahre.“

„Ich kenne Dich nicht mehr, Du lästerst.“

„Ich kenne mich selbst nicht mehr, meine gute Käthel.“

In diesem Augenblick öffnete sich die Thür mit einem Krach, als wenn ein Sturmwind durchs Haus fegte. Mit gerötetem Gesicht, mit funkelnden Augen trat Stockmann ein

Er blieb einige Sekunden unbeweglich, geblendet durch die helle Beleuchtung des Zimmers, er stand wie das Tier vor dem Angriffe beim Eingange in die Arena. Dann näherte er sich Katherine mit rauher Stimme:

„Sie . . . wir werden gleich miteinander zu sprechen haben . . . Du komm hierher,“ fuhr er fort, indem er seine Tochter am Handgelenk zog.

„Vater, Vater, Du thust mir weh!“

Stockmann, außer sich vor Wut, fühlte kein Mitleid. Er zog Luise bis zum Speisezimmer.

„Tritt hier ein,“ schrie er, seine Tochter so gewaltsam gegen die Thür stoßend, daß sie sich an der Stirn verletzte.

Flehend, voll Schrecken, rief sie:

„Käthel . . . Käthel! . . .“

Die Elsässerin eilte herbei, aber im Augenblick, als sie die Thürklinke erfaßt, drehte Stockmann zweimal den Schlüssel um.

„Und nun haben wir zwei es mit einander zu thun,“ brüllte er, unfähig sich zu beherrschen. Schäumend vor Wut, verband er eine Mißhandlung mit jedem Schimpfwort.

„O! Also deswegen hat man Dich in allen Ehren groß gezogen, um diese Schande an Dir zu erleben! . . . Deswegen hat man Dir das Beispiel der Ehrbarkeit gegeben, deswegen hat man Dich auf den Weg der Pflicht geleitet, um Dich auf das buhlerische Bett eines Preußen zu führen!“ . . .

Er hielt sie halb hintenübergedrückt auf einem Sessel, und mit der rechten Hand ohrfeigte und schlug er sie unaufhörlich.

„Vater, Vater, Du tötest mich! . . . Du . . .“

Stockmann aber sah und hörte in seinem Zorn nichts mehr. Seine Wut steigerte sich noch, als er sich an der Nadel ihrer Brosche stach. Einen Augenblick ließ er sein Opfer los, indem er das gemeinste Schimpfwort ausstieß. Diese Sekunde der Befreiung benutzte Luise. In ihrer Verzweiflung riß sie sich los, um sich hinter einem kleinen Möbel im Hintergrunde des Zimmers zu verbergen.

„Ah! Du glaubst, mir zu entrinnen!“ rief er. Seine Augen waren blutunterlaufen. Und er näherte sich seiner Tochter.

„Vater! Vater! — . . . Mitleid! Vergebung!“

„Sprich nicht,“ brüllte er, die Fäuste ballend, „kein Wort, oder ich breche Dich in Stücke!“

Er ergriff sie wieder, ohne daß sie den geringsten Widerstand leistete. Schlaff war ihr Körper, sie blutete. Sie verteidigte sich nicht mehr.

Draußen riß Katherine an der Thür und jammerte, daß sie nicht helfen konnte. Da kehrte Frau Stockmann, die mit Leo und Gretele einen Spaziergang gemacht hatte, zurück. Die Erklärung war sehr kurz:

„Der Herr tötet Luise!“ rief Katherine. „Er hat den Schlüssel abgezogen. Ich kann nicht hinein.“

In ihrem Entsetzen rief Frau Stockmann:

„Der Schlüssel vom Vorzimmer paßt auch für diese Thür, das wissen Sie doch ganz gut!“

Katherine hatte dies in ihrer Aufregung ganz vergessen. Sie lief eiligst und suchte den Schlüssel, welcher auch paßte. Als die beiden Frauen mit dem kleinen Leo in das Speisezimmer eintraten, drehte sich Stockmann um und ließ von seiner Tochter ab, welche auf den Fußboden hinsank. Sie war bewußtlos, mit Wunden bedeckt, ihre Kleider waren zerrissen, die Haare wirr, die Augen angeschwollen vor Thränen.

Katherine kniete vor ihr nieder, hob ihr Haupt empor und versuchte, sie wieder zu sich zu bringen. Und die Mutter stellte sich zwischen ihre Tochter und ihren Mann.

„Unglücklicher! Was hast Du gethan?“

„Was ich gethan habe? Ich weiß es nicht. Und wenn ich sie getötet habe, so verbiete ich Dir, um sie zu weinen und Trauer zu tragen.“

„Siehst Du, Leo,“ rief er, seinen Sohn am Arme fassend, „Du bist noch nicht elf Jahre, aber Du sollst, Du wirst es dennoch begreifen. Erinnere Dich immer dieses Anblickes. Er soll vor Deinen Augen wie eine Mahnung für immer bleiben. Sieh Deine Schwester. Ich habe sie verflucht, weil sie unsere Ehre in den Staub getreten, weil sie sich vergangen hat, vergangen mit einem Preußen . . . hörst Du? Leo, mit einem Preußen, einem Preußen. Zwei Schandthaten auf einmal! Die beiden niedrigsten, die es geben kann! . . . Ich spreche zu Dir, wie zu einem Manne, die Stunde ist ernst. Komm. Thu wie ich! strecke die Hand aus . . . Sprich mir nach! Deine Schwester muß schon jetzt die ewige Verachtung, welche die Zukunft für sie bringen wird, hören. Sprich wie ich:

„Ich verfluche sie, sie ist eine Preußin!“

Erschüttert hob der Knabe den Arm, und mit ängstlicher Stimme wiederholte er:

„Ich verfluche sie, sie ist eine Preußin!“

Soziales.

Ortsübliche Tagelöhne. In dem vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Centralblatt für das deutsche Reich sind jüngst die ortsüblichen Tagelöhne der gewöhnlichen Tagearbeiter veröffentlicht worden, welche auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 ermittelt werden.

Wie elend die Arbeitslöhne in Deutschland sind, geht daraus hervor, daß Bremerhaven mit dem ortsüblichen Tagelohn von 3,60 Mark und Bremen mit 3,50 Mark an der Spitze von ganz Deutschland stehen. Bei einigen der übrigen Großstädte war die Bewegung folgende:

Es betrugen die ortsüblichen Tagelöhne:

	1892	1900		1892	1900
in Königsberg . . .	2,50	2,30	in Kassel	2,17	2,55
„ Danzig	1,80	2,50	„ Dortmund . . .	2,00	2,70
„ Stettin	2,25	2,50	„ Elberfeld . . .	2,40	2,70
„ Breslau	2,00	2,40	„ Köln	2,50	2,50
„ Berlin	2,70	2,90	„ Krefeld	2,40	2,60
„ Magdeburg .	2,00	2,50	„ Frankfurt a. M. .	2,50	3,10
„ Halle	2,20	2,45	„ Mainz	2,20	2,60
„ Braunschweig . .	2,20	2,50	„ München . . .	2,30	3,00
„ Hannover . . .	2,40	2,70	„ Nürnberg . . .	2,20	2,90
„ Leipzig	2,00	3,00	„ Stuttgart . . .	2,50	3,00
„ Dresden	2,50	2,80	„ Mannheim . . .	2,30	2,70
„ Chemnitz . . .	2,20	2,50	„ Straßburg . . .	2,20	2,50

Auf demselben Standpunkt ist hiernach außer Hamburg und Altona noch Köln stehen geblieben. Königsberg zeigte einen Rückgang; die meisten Städte einen kleinen Fortschritt, der natürlich zum großen Teil durch die Steigerung der Lebensmittel und Wohnungspreise wieder wett gemacht wird.

Interessant ist, daß auch in dieser Angelegenheit Magdeburg keineswegs an der Spitze steht, sondern im Gegenteil beinahe in letzter Linie figuriert. —

ac. **Der englische Arbeitsmarkt im Januar** hat sich gegenüber dem Dezember etwas gehoben, hat aber nicht die Höhe des vorjährigen Januar erreicht. Der Prozentsatz der von den Gewerkschaften dem englischen Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen war am Ende des Januar höher als im Vorjahre, aber niedriger als der Durchschnitt des gleichen Monats in den letzten 10 Jahren. — In den 151 Gewerkschaften mit einer Mitgliederschaft von 553 218, von denen Berichte im englischen Arbeitsamt eingingen, wurden 24 470 oder 4,4 Prozent als arbeitslos gemeldet. Im Dezember 1901 wurden 4,6 Prozent, im Januar des Vorjahres jedoch nur 4 Prozent als arbeitslos ermittelt, während der durchschnittliche Prozentsatz der Arbeitslosen im Januarmonat der letzten 10 Jahre von 1892—1901 5,3 Prozent betrug. — An Veränderungen der Lohnhöhe im Laufe des Januar waren 156 678 Personen beteiligt; das Netto-Resultat war eine Lohnverminderung von durchschnittlich 46 Pf. pro Woche und Kopf. Eine Erhöhung erlangten nur 2783 Personen. Von den Lohnherabsetzungen entfällt der Hauptteil auf die Kohlengräber von Süd-Wales, denen in der Zahl von 135 000 auf Grund der gleitenden Lohnskala Lohnabzüge gemacht wurden. —

ac. **Der französische Kriegsminister** hat eine außerparlamentarische Kommission damit beauftragt, die Lage der Arbeiter in den Militärwerkstätten zu untersuchen. Diese Kommission hat die Leiter der betr. Organisationen ersucht, ihr Material zu liefern, Auskunft zu erteilen usw. —

Die französischen Streiks im Jahre 1901. Bei der Direktion des Arbeitsamtes wurden im Jahre 1901 insgesamt 523 Streiks gemeldet, von 3 derselben sind nähere Mitteilungen nicht eingegangen. An den übrigen 520 Ausständen waren insgesamt 111 200 Personen beteiligt; die Zahl der durch dieselben verloren gegangenen Arbeitstage betrug 1864. Darunter befinden sich 181 800 Arbeitstge, die auf 10 800 Arbeiter entfallen, welche nicht direkt an den Streiks beteiligt, sondern nur infolge der Ausstände zur Arbeitsruhe gezwungen waren. Der Umfang der Streiks ist im Jahre 1901 weit hinter der der zwei Vorjahre zurückgeblieben; im Jahre 1900 betrug die Zahl der Streiktage 3,7 Millionen, die sich auf 222 714 Ausständische verteilten; im Jahre 1899 waren 740 Streiks mit 3,5 Millionen Arbeitstagen zu verzeichnen. Von den Ausständen im Jahre 1901 führten 308 mit 53 540 Streikenden zu einem vollständigen oder teilweisen Siege der Streikenden, 212 mit 57 660 Streikenden zu einem Mißerfolg. Zu den letzteren gehört der Ausstand der Hafenarbeiter von Marseille. Die acht hervorragendsten Ausstände umfaßten zwei Fünftel der Streikenden und zwei Drittel der Streiktage. Es sind dies der der Grubenarbeiter von Montceau, der Hafenarbeiter von Marseille, der Porzellanarbeiter von Vierzon, der Maurer von Grenoble und Toulouse, der Schieferarbeiter von Rimague, der Gießer von Montlucon und der Grubenleute des Nord und Pas de Calais. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 25. Februar 1902.

Städtisches Wahlrecht und direkte Steuern.

Angeblich soll das Klassenwahlrecht dazu dienen, denjenigen höhere Rechte einzuräumen, welche mehr Steuern zahlen wie andere. Interessant ist nun, daß die indirekten Kommunalsteuern nicht mitgerechnet werden. Nach dem Verwaltungsbericht der Stadt Magdeburg brachte im Jahre 1900 die städtische

Biersteuer	211 855 Mark 72 Pf.
die Lustbarkeitssteuer	148 375 Mark 18 Pf.
Summa	360 230 Mark 90 Pf.

Da nun am 1. April 1900 die Bevölkerungszahl sich auf 229 596 belief, so kommen — zumal diese Zahl im Laufe des Jahres etwas abnahm, — auf den Kopf der Bevölkerung 1 Mark 57 Pf. Da hierbei die Kinder mitgerechnet sind, aber auf Personen bis zum 14. Lebensjahre sehr wenig Bier- und Vergnügungssteuer kommen dürfte, so kommt auf die Erwachsenen ein noch größerer Betrag. Nach der amtlichen Statistik sind die Kinder bis zum 14. Lebensjahr ungefähr 30½ Prozent aller Einwohner. Rechnen wir also 30 Prozent ab als Nichtzahler von indirekten Gemeindesteuern, so kommt auf jeden Erwachsenen 2 Mark 24 Pf., auf Mann und Frau 4 Mark 48 Pf., auf Leute, deren Kinder bereits Bier trinken oder hier und da in ein Vergnügen mitgenommen werden und dort schon einen selbständigen Platz einnehmen, natürlich noch mehr.

Da die Arbeiterfestlichkeiten bei den Lustbarkeitssteuern sehr mitgenommen werden und reiche Leute vielfach Wein statt Bier trinken, wird niemand behaupten, daß bei den indirekten Steuern die wohlhabenden Klassen mehr belastet werden wie die Arbeiterklasse und der Mittelstand.

Man sieht also, wie wenig berechtigt das heutige Klassenwahlrecht selbst von dem Standpunkt aus erscheint, daß die kommunal-politischen Rechte nach der Steuerleistung zu bemessen sind. —

Die Arbeitslosigkeit in Magdeburg.

Wer geglaubt hat, daß bei dem herannahenden Frühjahr die Arbeitslosigkeit etwas abnehmen wird, hat sich bitter getäuscht. Etwa 1200 Personen waren am Montag vormittag im gutgeheizten Saal des „Luisenpark" versammelt, um in musterhafter Ruhe das Referat des Genossen Voß über: „Die Arbeitslosigkeit in Magdeburg und was geschieht, um dieselbe einzuschränken", entgegenzunehmen.

In das Bureau werden drei Arbeitslose gewählt. Genosse Voß bedauert im Eingange seines Referates, daß den Arbeitslosen hier keine größeren Lokale weiter zur Verfügung stehen, als der „Luisenpark". Referent wünscht, daß die Arbeitslosen sich an diese Thatsache erinnern mögen, wenn sie in absehbarer Zeit wieder in Thätigkeit treten sollten. Voß schildert nun in eingehender Weise den Umfang der hierorts bestehenden Arbeitslosigkeit und die Unzulänglichkeit der Mittel, die die heutige Gesellschaft anwendet, um die wirtschaftliche Kalamität zu mildern. Referent bedauert, daß nicht alle Arbeitslose in die Versammlung gekommen sind, um mit zu beraten, wodurch der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann. Voß ermuntert die Anwesenden, nicht nachzulassen in ihrem Verlangen, daß Staat und Kommune verpflichtet werden, für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit größere Aufwendungen als bisher zu machen.

Genosse Bender giebt ein Bild von der vor kurzem im deutschen Reichstag stattgehabten Notstandsdebatte. Während das Deutsche Reich für die Arbeitslosen nichts übrig habe, hat die Republik Frankreich für die ihrigen 23 Millionen Frank bewilligt. Im weiteren schildert der Redner die Verheerungen, die durch den wirtschaftlichen Niedergang im Handels- und Transportgewerbe angerichtet worden sind. Die Einstellung von 200 Existenzlosen zu den Notstandsarbeiten in Magdeburg sei in Anbetracht der 2000 und mehr Arbeitslosen nur ein Tropfen auf den heißen Stein zu nennen. Redner erwartet, daß die Arbeitslosen heute einen Beschluß herbeiführen, wonach die Stadtverordneten, welche als Vertreter des vierten Standes im Stadtverordnetenkollegium sitzen, den Magistrat von neuem interpellieren und um Einstellung größerer Mittel für die Beschäftigung der Arbeitslosen Sorge tragen. Mit einem Appell an die Anwesenden, sich jetzt schon ihren Berufsorganisationen anzugliedern, um vorkommendenfalls besser gerüstet dazustehen, schloß Bender seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Genosse Peters konstatiert, daß in dem Augenblick, wo die Metallindustrie von einer Krisis ergriffen wird, auch die Holzarbeiter, besonders die Modelltischler, darunter zuleiden haben.

Maurer Nordt schildert, wie Unternehmer im Baugewerbe die Magdeburger Arbeiter entlassen und auswärtige Arbeiter einstellen.

Nachdem eine weitere Reihe von Mißständen besprochen wurden, wobei besonders die Entlassungen auf dem städtischen Hafengelände und die, welche die königliche Eisenbahndirektion auf Bahnhof Sudenburg vorgenommen hat, mit erregten Zwischenrufen begleitet wurden, gelangt nach einem resumierenden Schlußwort des Genossen Voß folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

> Die heute, am 24. Februar 1902, im „Luisenpark" tagende Versammlung der arbeitslosen Arbeiter, halten es für dringend notwendig, daß zur Einschränkung der durch die vorhandene Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Notlage der Arbeiter, von den Staats- und Kommunalbehörden weitere Schritte unternommen werden müssen. Um dies zu erreichen, beauftragt die Versammlung das Bureau der heutigen Versammlung und die Vertreter der Gewerkschaften bei den Stadt- und Staatsbehörden um Abhilfe vorstellig zu werden und um Antwort und Auskunft über die getroffenen Maßnahmen zu ersuchen. Ferner beauftragt die Versammlung das Gewerkschaftskartell, sich mit der Arbeitslosenfrage im allgemeinen und mit den von den Behörden getroffenen Maßnahme: im besonderen zu befassen.
>
> Die Versammlung erklärt ferner: Es ist notwendig, da von Staatswegen zur Feststellung der Arbeitslosigkeit und deren Wirkungen nichts durchschlagendes unternommen worden ist, daß sich die Arbeiter in allen Orten zur gemeinsamen Aktion gegen die Wirkung der Arbeitslosigkeit vereinigen, und ersucht das Gewerkschaftskartell, sich zu diesem Zwecke mit den Kartellen in anderen Orten der Provinz Sachsen zu verbinden.

Ebenfalls zur Annahme gelangt folgender Antrag:

> Die Versammlung der Arbeitslosen am 24. Februar im „Luisenpark" ersucht das Gewerkschaftskartell zu Magdeburg, bei dem hiesigen Magistrat zu beantragen, den Gewerkschaften eine Summe Geld zur Unterstützung ihrer Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen.

Mit der Ermahnung an die Anwesenden, die gehörten Worte zu beherzigen, wird die Versammlung um 12¾ Uhr vom Vorsitzenden Genossen Eisfeld geschlossen. —

Frau Stockmann kannte den Charakter ihres Mannes. Sie wußte nur zu gut, daß in einem solchen Augenblicke ihre Bemühungen nur dazu führen würden, ihn noch mehr aufzureizen. Sie beschränkte sich darauf, zu flehen:

„Aber erkläre Dich doch, . . . sage mir doch, was sie begangen hat."

Sie wollte sich niederbeugen, um ihre Tochter zu umarmen, sie aufzurichten.

Stockmann stieß sie roh zurück.

„Ich verbiete Dir, daran zu rühren."

Sie ließ sich auf einen Stuhl fallen und schluchzte. Luise war wieder zu sich gekommen. Bei den Fluchworten ihres kleinen Bruders hatte sie den Arm erhoben, als wollte sie die häßliche Verwünschung von sich ablenken.

Katherine warf sich jetzt in die Brust:

„Wie? Sie . . . die Sie die Mutter sind, Sie finden nicht ein Wort, um diesem Wahnsinnigen zu wehren? . . . Und Sie," rief sie Stockmann zu, „Sie sind ein Elender, ein Feigling!"

Wie sie so ihr Herz erleichtert hatte, beugte sie sich von neuem zu Luise nieder, hob sie in ihre Arme, in ihrer Aufregung fand sie die nötige Kraft, um ihren Liebling davon zu tragen, ohne daß Stockmann sich rührte, sie zurückzuhalten.

„Michel," wiederholte die entsetzte Mutter, „was hast Du gethan? Sie ist unser Kind!"

Als ihr Mann nicht antwortete, lief sie nach dem Zimmer ihrer Tochter.

Die Thür war verschlossen.

„Oeffnen! Oeffnen!" rief sie. „Katherine, öffnen Sie, ich bin es."

„Dem Fräulein geht es gut," antwortete Katherine stolz abwehrend. „Ich pflege sie. Ich habe niemand nötig."

„Katherine, ich befehle Ihnen, zu öffnen."

„Und ich werde nicht öffnen; das Fräulein hat Ruhe nötig . . . sorgen Sie lieber, daß der Herr in eine Irrenanstalt gebracht wird."

„. . . Luise . . . mein Kind!"

Luise antwortete nicht.

Die unglückliche Mutter, die dem schrecklichen Vorfalle ganz fremd gegenüberstand, kehrte zu ihrem Manne zurück, der auf das Sofa hingesunken war. Er zitterte noch unter den letzten Aufwallungen des Zornes, aber allmählich beruhigte er sich.

„Geh zu Gretele," befahl er Leo, welcher wie vor einer Gefahr weglief. Im Innersten gebrochen vor Aufregung und Schmerz gab nun der Elsässer seiner Frau Auskunft über den so grauenhaften Vorgang.

„Was thun? . . . Was thun?" . . .jammerte Frau Stockmann, die ihren Mann mehrere Male unterbrach, um nach dem Zimmer ihrer Tochter zurückzukehren.

Katherine weigerte sich noch immer, zu öffnen.

„Wenn das Fräulein so weit hergestellt sein wird, daß man sie sehen kann," antwortete sie von drinnen, „werde ich öffnen . . . Nicht eher."

Zwischen den beiden Gatten spann sich die schmerzliche Unterhaltung noch lange fort. Es wurde Nacht, und alle zwei konnten zu keinem Entschluß kommen. Sie fragten sich:

„Was thun? . . . Wenn wir sie abreisen lassen, ist der Skandal fertig, denn alles wird man dann draußen erfahren . . . und wenn sie in Metz bleibt" . . .

Die Thür des Speisezimmers öffnete sich. Luise erschien, ein Pelzbarett tragend und eingehüllt in ihren großen braunen Mantel. Ein dichter Schleier verhüllte ihr Gesicht.

Frau Stockmann stürzte sich ihrer Tochter entgegen. Der Vater betrachtete sein Kind mit fast ängstlichen Blicken.

„Mein Liebling! . . . Welche Schmerzen Du" . . . .

Luise wehrte sanft ihrer Mutter, und ihre Stimme erklang schmerzbewegt:

„Mutter, ich habe einen schweren Entschluß gefaßt. Mein Vater hat mich in so schändlicher Weise behandelt, wie ich es nicht verdient habe, trotz meines Unrechts. Ich habe einen Mann geliebt, ohne es Euch zu sagen. Daran bin ich schuldig . . . aber ich bin nicht verachtenswert. Laut habe ich meinem Vater erklären lassen, daß ich liebe . . . Ich habe mich nicht aufgelehnt, und wenn ich nicht gewagt habe, selbst zu sprechen, so geschah es, weil ich wußte, daß ich auf energische Ueberzeugungen stoßen würde . . . auf Vorurteile. . . . Ich war jedoch nicht darauf gefaßt, daß der, welchen ich mehr als alle geachtet habe, mich beschimpfen, mich schlagen würde. Diese Gewaltthätigkeiten werden eines Tages meine Entschuldigung, meine Rechtfertigung sein. Was auch kommen mag, — unglücklicher werde ich an einem anderen Herde nicht sein, als in diesem Hause. Man wird mich nicht mehr schlagen. Hier kann ich nun nicht bleiben. Nach dem, was mein Vater gesagt hat, würde ich ja Furcht haben, das Haus hier zu verunglimpfen durch die Gegenwart einer . . . einer . . . Laß Dir die Bezeichnung durch meinen Vater sagen."

„Was willst Du thun?" rief Stockmann, der bei den letzten Worten mit einem Satze aufgesprungen war.

Seine Frau hielt ihn am Arme zurück.

„Ich gehe fort," antwortete Luise ruhig.

„Ich verbiete Dir, hinauszugehen."

„Ich werde gehen."

„Ich werde Dich durch die Polizei suchen lassen."

„Ich bin einundzwanzig Jahre. Ich berufe mich auf die Freiheit, die das Gesetz mir giebt."

Mit einer furchtbaren Verwünschung antwortete Stockmann, während seine Frau sich Luise näherte und sie anflehte:

„Denkst Du nicht an mich, mein Kind, an meine Thränen, meinen Schmerz . . . Ueberlege . . . warte, daß wir die Sache bereden."

„Mutter, ich habe überlegt. Dir erspare ich mehr Leiden, wenn ich gehe, als wenn ich bliebe . . . Leb' wohl!" fügte sie nach einer Weile des Schweigens hinzu. Sie öffnete die Thür. „Von Dir erbitte ich von ganzer Seele Verzeihung."

„Nun gut! Laß sie gehen!" rief Stockmann. „Die freie Luft draußen wird sie wieder zur Vernunft bringen. Wenn sie von ihren Spaziergängen in den Straßen genug haben wird, wird sie wiederkommen . . . Glaube Du doch nicht an diese Komödie . . .!"

(Fortsetzung folgt.)

Die Angelegenheit Ehrenfried Finke contra Schneiderverband

stand auf der Tagesordnung der am gestrigen Montag im „Bürgerhaus" einberufenen öffentlichen Schneiderversammlung. Der Umstand, daß die Agitationskommission sich mit dem Vorstand des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverbandes, dessen Mitglied Herr Finke ist, in Verhandlungen eingelassen hatte, rief eine erregte Debatte hervor. Im weiteren bringt Schneider Heck das von E. Finke in Nummer 44 der „Volksstimme" gebrachte Inserat mit der Ueberschrift: „Zur Steuer der Wahrheit" zur Sprache. Die von E. Finke darin ausgesprochenen Behauptungen werden von Heck zum Teil als unwahr, zum Teil als nicht zutreffend bezeichnet. Die Agitationskommission hat die erste Notiz, welche von der nichttarifmäßigen Bezahlung der bei der Firma E. Finke beschäftigten Arbeiter handelte, veranlaßt, bevor auch nur mit einer der bei Finke beschäftigten Personen Rücksprache genommen sei. Das Stück Arbeit, welches Herr Finke angeblich mit Schwierigkeiten zurückerhalten habe, sei ein Jackett gewesen, bei welchem die Angabe, zu welchem Termin es fertig sein müsse, nicht angegeben war. Dem Boten habe er, Heck, das Jackett anstandslos ausgehändigt. Der Zuschneider Schiffmann erklärt, er sei nicht als Schneider, sondern als Zuschneider, nebenbei auch als Verkäufer angenommen worden. Der Lohn für Zuschneider betrage in den Magdeburger Geschäften durchschnittlich mehr als 33 Mark. Redner bedauert, daß Herr Finke seine angebliche Unfähigkeit erst nach nahezu zweijähriger Thätigkeit entdeckt habe. Den Vorwurf, er hätte aus Feigheit gehandelt, weist Redner zurück. Daß die ganze Angelegenheit sich so ausgedehnt habe, sei lediglich die Schuld des Herrn Finke. Tagschneider Wittmann rechtfertigt sich gegen den Vorwurf, er hätte seinen Lohn nicht verdient. Auch hätte er neue Englischleder-Arbeit machen müssen, die jedenfalls nicht zu den Funktionen eines Tagschneiders gehöre. Schneider Helmecke erklärt in erregter Weise, daß er von Finke öffentlich als Flickschneider bezeichnet worden sei, so etwas sei unerhört. Er sei als Tagschneider angenommen, aber nicht tarifmäßig bezahlt worden.

Schneider Koch teilt mit, daß er soeben Herrn Finke, der im Lokale anwesend sei, aufgefordert habe, in die Versammlung zu kommen, Herr Finke habe aber erklärt, er verhandle nicht! Zuschneider Schiffmann bestätigt, daß die Anzüge zum Preise von 33—36 Mark, sogenannte außergewöhnliche Maßanzüge, nicht tarifmäßig bezahlt seien. Das sei auch bei den Gehröcken der Fall. Nach längerer Diskussion, in der das Vorgehen des Herrn Finke auf das schärfste gemißbilligt wird und in der mehrfach verlangt wurde, mit der Firma Finke überhaupt nicht mehr zu verhandeln, wird von dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells, Genossen Voß, die Erklärung abgegeben, daß sich der Vorstand des Kartells bereit erkläre, in Gegenwart der Agitationskommission der Schneider mit Herrn Finke in Verhandlung zu treten. Die Versammlung stimmt dem zu.

Folgende Resolution gelangte zum Schluß zur Annahme:

Die heute im „Bürgerhaus" tagende Versammlung der Schneider protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von Herrn Finke gegen die Agitationskommission geschleuderten Angriffe. Die Versammlung hält fest daran, daß Herr Finke teilweise den Lohntarif nicht innegehalten hat. Die Versammlung fordert daher Herrn E. Finke auf, seine Angriffe gegen die Agitationskommission zurückzunehmen und zuzugeben, daß es vorgekommen ist, nicht tarifmäßig bezahlt zu haben. Sollte Herr Finke hierauf nicht eingehen, so beauftragt die Versammlung die Agitationskommission, weitere Schritte zu unternehmen.

Hoffentlich gelingt es dem Vorstande des Gewerkschaftskartells, die allseitig höchst unangenehm empfundene Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. —

— **Die erste Frauenversammlung,** welche am Montag abend in der „Zerbster Bierhalle" stattfand, war gut besucht; nur eine kleine Minderheit bestand aus Männern. Die Anwesenden folgten mit großer Spannung den interessanten Ausführungen der Genossin Ihrer. Man sei jetzt wieder dabei, dem Volke das Brot zu verteuern. Die Vertreter der deutschen Landwirtschaft haben dafür gewirkt, daß Einfuhrzölle und sogar Einfuhrverbote ihren Interessen dienstbar gemacht und dem deutschen Volke seine wichtigsten Nahrungsmittel verteuert wurden. Jetzt geht man einen Schritt weiter und versucht, die Getreidezölle zu erhöhen. Rednerin besprach in eingehender Weise die Verhältnisse der Arbeiterfamilien und geißelt die Aussprüche, welche in der letzten Zeit hier und da gefallen sind. Wenn Graf Kanitz verlangt hat, daß die Frauen mithelfen sollen, den Unterhalt der Familie zu bestreiten, dann kennzeichnet dies Wort ihn und seine Klasse.

Es ist ja leider schon längst so weit gekommen, daß nicht nur der Mann und die Frau für den Unterhalt der Familie sorgen, sondern daß auch die Kinder mithelfen müssen. Gerade hier in der Magdeburger Gegend werden die Kinder beim Rübenverziehen in großem Maße verwandt. Wer sind denn eigentlich jene Großgrundbesitzer, die jetzt so energisch die Erhöhung der Getreidezölle verlangen? Es sind unsere Erzreaktionäre, die bei jeder Gelegenheit dabei waren, wenn es galt, das Volk zu entrechten. Sie sind es gewesen, welche das Zuchthausgesetz verlangt haben, welche die Schulen auf dem Lande zurückdrängen, die Landarbeiter in schädlichster Weise ausbeuten und den ehrlichen Arbeiter hinausdrängen aus dem deutschen Vaterlande. Die Agrarier und ihre Angehörigen besetzen alle bevorzugten Beamtenstellen, alle Offiziersstellen u. a. m. Die Parole muß in Zukunft lauten: Hinaus mit diesen Agrariern aus sämtlichen Parlamenten, weg mit dem agrarischen Einfluß überhaupt, der geradezu kulturfeindlich wirkt! Rednerin rechnete den aufmerksamen Zuhörerinnen speciell vor, was der Militarismus dem deutschen Volke kostet. Die Regierungen stehen auch der heutigen Arbeitslosigkeit, diesem Erzeugnis der Wirtschaftsweise, verständnislos gegenüber, ohne Maßnahmen für die jetzt herrschende Notlage der Arbeiterklasse rechtzeitig zu ergreifen. Wir verlangen die Ausführung von Notstandsarbeiten, die sofortige Inangriffnahme derjenigen staatlichen Arbeiten, welche bereits etatsmäßig festgelegt sind.

Auch das gänzliche Verbot der Kinderarbeit sei energisch zu verlangen, ebenso wie das Wahlrecht für die Frauen. Mit einem Appell an die Frauen, daß sie eifrige Mitkämpferinnen, wirkliche Genossinnen unserer Partei werden möchten, schloß Rednerin ihren mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Genosse Pistorius richtete hierauf noch einige aufmunternde Worte an die Frauen und Genosse Brunekampf schilderte die schlechten Verhältnisse in den Fabriken. Nach einer der Referentin zustimmenden Rede des Genossen Chr. Schmidt besprach die Genossin Ihrer in ihrem Schlußwort die Worte des Magdeburger Fabrikinspektors, der die hiesigen Arbeiterinnen gewissermaßen als unaufgeklärt hinstellt, weil sie nicht den Verbänden angehören. — Folgende von einer Frau eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Frauen-Versammlung protestiert energisch gegen die Getreidezollerhöhung. Sie protestiert ferner gegen die von verschiedenen Seiten geübte Beschimpfung der Arbeiterfrauen. Wenn die Arbeiter im allgemeinen mehr Geld verdienen, dann können auch die Arbeiterfrauen besser wirtschaften, dann können auch sie sich der besseren Erziehung ihrer Kinder widmen."

Hierauf trat nach einem auf die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie ausgebrachten dreifachen Hoch Schluß der Versammlung ein. —

— **Gewerkschaftsversammlung.** Am Mittwoch abend findet im „Dreikaiserbund", Gr. Storchstraße 7, eine Gewerkschaftsversammlung statt, um die Diskussion über den Punkt „Das Gewerkschaftskartell und seine Bedeutung" fortzusetzen. Zu den Ausführungen, die zu dieser Sache in der Gewerkschaftsversammlung am 27. Januar d. J. gemacht wurden, haben einzelne Kartelle in der Provinz Stellung genommen. Sie haben Protest gegen die erhobenen Beschuldigungen erhoben und verlangen, daß die Arbeiter Magdeburgs davon Kenntnis nehmen. Damit die Arbeiterschaft Magdeburgs endlich mit dieser Frage fertig werden kann, ersuchen wir um rege und pünktliche Beteiligung an der Versammlung. —

— **Volkstümliche Vorlesung.** Am Mittwoch, den 26. Februar, abends 8½ Uhr, wird Herr Dr. med Sepp den vierten Vortrag der öffentlichen volkstümlichen Vorlesungen in der Aula der Lutherschule — Dreiengelstraße 27 — halten. Das Thema lautet: „Aufbau des menschlichen Körpers". Der Besuch ist unentgeltlich. —

— **Verbesserungen im Fernsprechbetriebe.** Zur Zeit ist man seitens der hiesigen Oberpostdirektion damit beschäftigt, für Fernsprech-Anschlußleitungen sogenannte Verteiler aufzustellen, wie sie bereits in Berlin zur Verwendung gelangt und sich auch praktisch bewährt haben. Diese Neueinrichtung bezweckt, die vom Hauptpostgebäude herkommenden größeren Fernsprechkabel (224 Doppeladern) zu kleineren Kabeln von 7 oder 14 Doppeladern herzustellen. Diese sollen dann unterirdisch in die Häuser geführt und zu den einzelnen Sprechstellen geleitet werden. Diese Einrichtung soll bezwecken, die über die Dächer geführten Leitungen nach und nach zu beseitigen und sie vor den schädlichen Witterungseinflüssen zu schützen. Die Verteiler sind in die Form kleiner Häuschen gekleidet, die ein gefälliges Aussehen haben, so daß sie den Straßenbilde zur Zierde gereichen. Der erste Hauptverteiler ist an der Ecke der Kaiser- und Oranienstraße bereits aufgestellt. —

— **Der diesjährige Pferdemarkt,** verbunden mit einer Pferdeausstellung und einer Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, soll am 14., 15., 16. und 17. Juni auf dem Kleinen Cracauer Anger in bisheriger Weise stattfinden. Verbunden wird damit eine Pferdelotterie und die Prämiierung treudienender Leute. —

— **Eine Großfeuermeldung** lief in der Nacht zum Dienstag um 12 Uhr bei der Hauptwache ein. Im Hause Gr. Marktstraße 9 waren in einer Niederlage hinter einem Laden Papiervorräte und Goldleisten in Brand geraten. Mit zwei Schlauchlinien wurde in kurzer Zeit das Feuer gelöscht. —

— **Ein Zimmerbrand** im Hause Altes Fischerufer 18 veranlaßte am Montag mittag 12 Uhr das Ausrücken der Feuerwehr. Der Brand wurde durch Ausgießen gelöscht. —

— **Unfälle.** Die unverehelichte Anna Damm, Leipzigerstr. 63 wohnhaft, hat sich am vorigen Freitag im Haushalt ihrer Herrschaft den linken Arm mit kochendem Wasser verbrannt; sie wurde am Montag, da eine Verschlimmerung eingetreten war, in die Sudenburger Krankenanstalt gebracht. Ebenda fand der Arbeiter Gustav Weinmeister aus Buckau Aufnahme, welcher sich am Montag nachmittag auf einer Kohlenstrecke in Buckau bei der Arbeit den Zeigefinger der linken Hand gequetscht hatte. —

— **Roheit.** Am Montag abend um 5¾ Uhr rannten drei junge Burschen an der Ecke der Gr. Schulstraße und des Breitenwegs ohne ersichtlichen Grund einen älteren Herrn um und liefen nach vollbrachter That über den Rathswaageplatz davon. Nur mit Mühe konnte sich der so Mißhandelte wieder erheben. Leider war es nicht möglich, die Buben dingfest zu machen. —

— **Ein junger Magdeburger** fand seinen Tod anläßlich eines Unfalls deutscher Militärmusiker in Zürich. Die bayerische Regimentsmusik aus Lindau gab in der „Tonhalle", dem großen Etablissement am Ufer des Zürich-Sees, ein Konzert. In einer Pause wollten zwei der Musiker eine kleine Kahnfahrt auf der Linmat machen. Sie kannten aber die gefährliche, über alle Maßen reißende Strömung des Flusses nicht und gerieten in den Strudel des Mühlenwehrs. Der Kahn zerschellte, und die beiden Deutschen stürzten in die Linmat. Einer von ihnen konnte nach langer Mühe aus den Fluten gerettet werden, während der andere, der aus Magdeburg stammende 20jährige Tenor-Hornist Thiemer, um das Leben kam. —

— **Pferdeunfall.** Am Montag nachmittag 2½ Uhr stürzte auf dem Kaiser Wilhelm-Platz ein Pferd, der Firma Hauswaldt gehörig, nachdem es bei dem Versuch durchzugehen, zwei Kinder leicht verletzt hatte. Das Pferd, welches einem Nervenanfall zum Opfer fiel, mußte von der Feuerwehr auf einen Wagen geladen und fortgeschafft werden. —

Sozialdem. Gemeindevertreter-Konferenz der Provinz Sachsen!

Die Agitationskommission des Regierungsbezirks Merseburg hat im Einverständnis mit dem Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins, der Halleschen sozialdemokratischen Stadtverordneten und Vertretern der Redaktion des „Halleschen Volksblattes" beschlossen:

Die **Konferenz** findet in **Halle**

Sonntag, 30. und Montag, 31. März (1. u. 2. Osterfeiertag),

vormittags 9 Uhr,

im Restaurant „Zum letzten Drier" (Gen. Hinze),

Merseburgerstraße 29,

statt. Die vorläufige Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt:

1. Die Aufgaben und Forderungen der Sozialdemokratie in den Gemeindeverwaltungen: a) auf rechtlichem Gebiete, b) des Schulwesens, c) der Hygieine, des Armen- und Waisenwesens, d) der Steuerpolitik, e) der Verkehrspolitik, f) des Submissionswesens, g) der Arbeiterpolitik, h) des Wohnungswesens, i) Diverses.
2. Beratung bezw. Schaffung eines Kommunal-Programms.
3. Sonstige Anträge.

Wir ersuchen nun nochmals die Genossen allerorts, ihre gewählten Gemeindevertreter auf diese Konferenz aufmerksam zu machen und sie zum Besuche derselben zu verpflichten.

Außerdem können auch solche Genossen an der Konferenz teilnehmen, welche sich für die kommunalen Aufgaben unserer Partei bethätigen oder bethätigen wollen, ja, es wäre sogar wünschenswert, daß alle Orte, welche in nächster Zeit mit selbständiger Aufstellung von Arbeiterkandidaten auf dem kommunalen Gebiete vorzugehen willens sind, wenigstens einen Delegierten zu dieser Konferenz entsendeten.

Anmeldungen, Anträge, Anfragen, Wünsche usw. wolle man an die Adresse H. Pfeiffer, Halle, Kuhgasse 10 II, baldigst einreichen.

Die Agitations-Kommission des Regierungs-Bezirks Merseburg.

Provinz und Umgegend.

abc. **Barby,** 24. Februar. (Die öffentliche Volksversammlung), welche am Sonnabend, den 22. Februar, im „Kronprinzen" stattfand, hatte sich eines seit langer Zeit vermißten zahlreichen Besuches zu erfreuen; aus allen Schichten der Bevölkerung waren die Zuhörer erschienen. Genosse Carl Thiel-Kassel hatte das Referat übernommen und behandelte das Thema: „Deutschland, Deutschland über alles." Sein ihm vorausgegangener Ruf als tüchtiger Redner ist bei dem Vortrag voll zur Geltung gekommen und hat er sich dadurch die Herzen der Barbyer Arbeiter erobert.

Nach dem Vortrag nahm Genosse Waldheim das Wort und kritisierte die Handlungsweise der städtischen Verwaltung anläßlich der Stadtverordnetenwahlen, sowie bei den von seiten der Gewerkschaftskommission eingebrachten Antrag, Notstandsarbeiten zu veranstalten. Insbesondere geißelte Genosse Waldheim das Verhalten des Stadtverordneten Kaufmann Bethge, der sich bei Beratung des Antrags zu folgender Aussprache verstieg: Die Arbeiter könnten bei den jetzigen „hohen Löhnen" im Sommer so viel sparen, daß sie im Winter leben könnten; sie seien nur verwöhnt, und wenn man ihnen heute Arbeit geben würde, würden sie morgen streiken. Darauf gab Redner einige Aufklärungen über den Fall Ilsemann, daß das über ihn kursierende Gerücht in fast allen Punkten auf Wahrheit beruhe und der pp. Ilsemann seiner sämtlichen Posten in der Stadt- und Kirchenverwaltung enthoben sei, Strafantrag aber gegen ihn nicht gestellt sei. —

h. **Halberstadt,** 7. Februar. (In der hiesigen Zuckerfabrik,) welche § 616 B. G.-B. laut Fabrikordnung außer Gültigkeit setzt, dafür aber § 124 Abs. b der Gew.-Ord. mit aller Strenge zur Durchführung bringt, waren es während der vorjährigen Campagne ca. 60 Arbeiter, welche ihres Lohnes verlustig gegangen sind, weil sie ohne Kündigung die Arbeit verlassen haben.

Alljährlich nach Beendigung der Campagne werden dort Maschinen, Apparate usw. sauber gereinigt, um alles in gutem Zustande zu erhalten und im nächsten Betriebsjahre so schnell wie möglich mit Verarbeitung der Rüben fertig zu werden; hierzu gehören auch die Dampfkessel.

Bis zum Jahre 1892 wurde besagte Arbeit in Lohn ausgeführt, von da ab wurde Accord eingeführt und zwar, nach langer Verhandlung, 70 Mark pro Kessel. Trotzdem nur einige von den Arbeitern wirklich etwas mehr als den gewöhnlichen Stundenlohn verdienten, versuchte man schon damals den Accordsatz herunter zu drücken, aber vorläufig ohne Erfolg.

Vor einigen Jahren starb der stellvertretende Betriebsleiter, welcher die Arbeiter bei irgend welchen Veränderungen betreffs Lohn usw. zusammenzurufen und ihnen dies in Gesamtheit mitzuteilen pflegte. Der Nachfolger desselben fängt dies aber anders an; dieser macht die Arbeiter einzeln auf ihrer Arbeitsstelle mit der Arbeit eventuell mit der Lohnreduzierung bekannt und später kommt er dann wieder und fragt, wie sich der Betreffende dazu stellt. Wird nun eingewendet, der Lohnsatz sei doch wohl zu niedrig, dann erklärt dieser Herr „der und der hat sich bereit erklärt, die Arbeit dafür zu machen", so geht er dann die Reihe herum und die Zwietracht unter den Arbeitern ist hergestellt und durch dieses Mittel hat man es fertig gebracht, den Lohn für das Kesselklopfen um 10 Mark zu reduzieren.

An den Arbeitern selbst liegt es zumeist, daß man ihnen die geringen Löhne noch mehr drückt. Der Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation ist das geeignetste Mittel, bessere Zustände zu schaffen. —

Halle a. S., 24. Februar. (Der Kassierer des hiesigen nationalliberalen Vereins) wurde

wegen **Unterschlagung** verhaftet. Die Höhe der unterschlagenen Summe ist noch unbekannt. —

dt. **Quedlinburg,** 25. Februar. (Anmeldung schulpflichtiger Kinder.) Wir machen darauf aufmerksam, daß die Anmeldung derjenigen Kinder, welche zu Ostern d. J. schulpflichtig werden und die Volksschulen besuchen sollen, zu nachfolgenden Terminen anzumelden sind.

Für die 1. Knaben-Volksschule:

Mittwoch, den 5. März 1902, vormittags von 10 bis 12 Uhr, im Konferenzzimmer des Schulgebäudes am Schulplatze.

Für die 1. Mädchen-Volksschule:

Dienstag, den 4. März 1902, vormittags von 9 bis 12 Uhr, für die Neustadt, Süderstadt und den Neuenweg,

Mittwoch, den 5. März 1902, vormittags von 9 bis 12 Uhr, für die übrigen Stadtteile in einem Klassenzimmer im Erdgeschosse des Schulgebäudes am Munmenthale.

Für die 2. Volksschule:

Sonnabend, den 8. März 1902, vormittags von 10 bis 12 Uhr, — für Knaben und Mädchen — im Konferenzzimmer des Schulgebäudes in der Altentopfstraße.

Für die katholische Volksschule:

Donnerstag, den 13. März 1902, vormittags von 11 bis 12 Uhr, — für Knaben und Mädchen — im Schulgebäude Marschlingerhof 6.

Bei der Anmeldung sind für jedes getaufte Kind Impf- und Taufschein und für jedes ungetaufte Kind Impfschein und Geburtsurkunde vorzulegen. Die ungetauften Kinder evangelischer Eltern sind bei den evangelischen Volksschulen und die ungetauften Kinder katholischer Eltern bei der katholischen Volksschule anzumelden.

Die ungetauften Kinder konfessionsloser Eltern sind bei den evangelischen Volksschulen anzumelden. Darüber, welche Schule diese Kinder zu besuchen haben, entscheidet die Schul-Deputation.

Wir heben hervor, daß die 2. Volksschule mittellosen Eltern folgende Vorteile bietet:

1. Die Kinder erhalten sämtliche Schulbücher für die Hälfte des Preises;

2. die Hefte werden ihnen unentgeltlich geliefert, desgleichen den Mädchen die Stoffe für den Handarbeitsunterricht;

3. die Kinder haben im Sommer nur vormittags Unterricht. —

— (Volksversammlung.) Vor einer außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung sprach hier am Sonnabend Genosse Paul Göhre über das Thema: „Die politischen Parteien und die allgemeine Lage". Redner gab ein anschauliches Bild des Verhältnisses der verschiedenen politischen Parteien vor 30 Jahren und schilderte dann in fesselnder Weise deren Entwicklung, wie auch die der Sozialdemokratie. — Wohl selten hat hier ein Redner das Thema in so erschöpfender Weise behandelt, wie es Genosse Göhre gethan, und daß er von seinen Zuhörern verstanden war, bewies der lebhafte Beifall, welcher ihm am Schlusse des Vortrages zu teil wurde. Obschon mehrere Anhänger anderer Parteien im Saale anwesend waren, ergriff doch keiner das Wort, um die Ansichten unseres Genossen zu widerlegen.

Thale, 25. Februar. (Eisenwerk.) Die „Berl. Börs.-Ztg." erfährt aus dem dieser Tage festgestellten Abschlusse für 1901, daß unter dem Einfluß der rapide rückgängigen Rohmaterialienpreise die Gesellschaft einen die Verteilung einer Dividende gestattenden Gewinn nicht zu erzielen vermocht hat, daß vielmehr für die erforderlichen Abschreibungen der Reservefonds noch mit 68 000 Mark in Anspruch genommen werden muß, daß aber im übrigen die geschäftliche und die finanzielle Lage des Unternehmens durchaus gesund sei. In 1899/1900 wurden für 17 Monate $7^1/_4$ Prozent Dividende verteilt. — Die Arbeiter haben den Aktionären in den „sieben fetten" Jahren so viel Geld eingebracht, daß die ungünstigere Konjunktur am allerwenigsten den Arbeitern fühlbar gemacht werden darf. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Bad Elmen wird Laufe des Sommers der Provinzial-Städtetag abgehalten werden. — Der Abdeckerei in Burg wurde am Montag eine hochtragende Ziege überwiesen. Nach der Tötung stellte sich heraus, daß das Tier vier gut ausgewachsene große Lämmer bei sich trug. — Anläßlich der Bestattung des Försters Haberland in Neuhaldensleben wurden die Glocken geläutet, hierbei brachen die eisernen Klammern der großen Glocke, die wohl schon sehr abgenutzt waren, und der über einen Centner schwere Klöppel sauste mit gewaltiger Wucht auf den Boden dicht neben einem Läuter nieder. Zum Glück sind alle mit dem Schrecken davon gekommen. — In der Zeit vom 18. Januar bis 18. Februar sind für das in Quedlinburg zu errichtende Guts Muths-Denkmal bei der Hauptsammelstelle, der Stadthauptkasse, 579 Mark eingegangen, so daß sich die Gesamtsumme der Beiträge auf 3518,86 Mark beläuft. — In Ballenstedt wurde ein Tischlermeister zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er durch anonyme Postkarten mehrere Einwohner beleidigt hatte. —

Aus der Parteibewegung.

Eine eigenartige Resolution haben die organisierten Brauer Erfurts gegen den Genossen Hennig, Redakteur der „Erfurter Tribüne", losgelassen. Sie lautet: „Die am 8. Februar tagende Mitglieder-Versammlung der Brauer und Berufsgenossen ersucht die Preßkommission, den Redakteur Hennig darauf zu verweisen, die „Tribüne" nicht als Tummelsplatz seiner Anschauungen betreffs Alkoholfragen zu benutzen."

Wahrscheinlich glauben die biederen Brauer, so bemerkt hierzu zutreffend die „Sächs. Arb.-Ztg.", daß durch die Propaganda des Genossen Hennig für das Abstinenzlertum ihr Gewerbe geschädigt werden könne. Uebrigens ein etwas eigenartiger Standpunkt für organisierte Arbeiter. In Dresden haben es die Berufskollegen anders gemacht. Sie ließen sich einen Vortrag über die Schädlichkeit des Alkoholgenusses halten und stimmten dem Referenten lebhaft zu, als er diese Schädlichkeit nachwies. —

Die Parteigenossen Sachsens halten ihre Landesversammlung am 1. und 2. April in Meißen ab. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten stehen auf der Tagesordnung: Landtag und Landtagswahlen, sowie die Reichstagswahlen. —

Die württembergischen Parteigenossen halten ihre diesjährige Landesversammlung am 30. März in Stuttgart ab. Von besonderen Gegenständen stehen die Reichspolitik und die Landespolitik auf der Tagesordnung sowie die Beschlußfassung über das neue Landesorganisationsstatut. —

Vermischte Nachrichten.

* **Krupp als Hausbesitzer in Essen.** Kanonenkönig Krupp ist für Essen auch Häuserkönig; er besitzt nämlich 1121 Häuser mit 4016 Wohnungen und 22 282 Bewohnern. Krupp ist Besitzherr von 11,8 Prozent der Essener Grundstücke, 10,78 Prozent der Wohnungen und 12,21 Proz. der Bewohner in Essen. Demnach ist jeder achte Einwohner Essens Mieter von Krupp. Rechnet man zu dem Kruppschen Hausbesitz noch den der Kruppschen Beamten und Arbeiter hinzu, so hängt in Essen jedes sechste Haus, jede sechste Wohnung und jeder sechste Einwohner direkt oder indirekt von Krupp ab. —

* **Ein Kostüm aus Glas** trägt, wenn das „Magasin pittoresque" recht berichtet ist, eine Sängerin in Brooklyn. Es ist das reizendste und ungewöhnlichste Kleid, das je den ambrosischen Körper einer schönen Frau umhüllt hat. Das Glas ist so fein versponnen, daß es weder zerbrechlich noch härter oder unbequemer ist, als irgend eine steife Hoftoilette. Seine Wirkung ist glänzend und geradezu unbeschreiblich wirksam. Bei Abendbeleuchtung, in dem in elektrischer Helle strahlenden Theatersaale mischen und brechen sich die zarten Farbentöne von lichtgrün, blau und silbern in einer wahren Symphonie von Licht und Buntheit. Da wäre also der alte moralische Spruch erfüllt, daß der Weise so leben müsse, als ob er in einem Glashause sitze, so daß man alle seine Handlungen genau verfolgen kann. Die schöne Sängerin hat sich aber in gefärbtes Glas, in Blau, Grün und Silber eingekapselt, so daß man vermutlich nicht gerade alles zu sehen bekommt, was in ihrem Künstlerherzen vorgeht. —

* **Ein Kinderduell in Spanien.** Aus Valera, einer Ortschaft der Provinz Cuenca, wird folgender Vorfall mitgeteilt: Zwei elfjährige Knaben, Antonio Gonzalez und Petro Rivas, welche einem zwölfjährigen Mädchen den Hof machten, hatten sich schon öfter gezankt und gebalgt. Vor einigen Tagen beschlossen sie, sich auf Tod und Leben zu duellieren. Die hierzu erwählte Waffe war die Navaja, das spanische Messer. Das Duell fand in einem Busche außerhalb des Dorfes ohne Zeugen statt. Beide Gegner, das Messer in der Rechten, den Kittel als Schild um den linken Arm gewickelt, stürzten wütend aufeinander zu. Bald darauf sank Antonio lautlos zur Erde nieder. Sein Rivale hatte ihm das Messer bis ins Herz gestochen. Der kleine Mörder ging darauf, ohne seine Seelenruhe zu verlieren ins Dorf zurück und stellte sich den Behörden. —

Litterarisches.

Der „Wahre Jacob" hat soeben die Nr. 5 seines 19. Jahrganges erscheinen lassen. Das farbige Titelbild „Ein Haufen Unglück" ist eine humoristische Illustration zu dem politischen Rückenmarkschwund unserer Nationalliberalen. Das farbige Rückbild „Internationale Revue" bietet eine Reihe satirischer Zeitglossen zu politischen Vorgängen in den verschiedensten Ländern der Erde. In dieser Nummer beginnt eine Serie „Kulturhistorischer Bilderbogen", von Hans G. Jentzsch gezeichnet, deren erster im Anschluß an den „Fall" Bennigsen-Falkenhagen eine schneidende Satire auf die bürgerlichen Begriffe von Ehre und Moral ist. In einer Abhandlung der Unterhaltungsbeilage wird Jacques Louis David, der „Maler der großen Revolution", gewürdigt; derselben sind sein Selbstportrait und seine Gemälde „Die Sabinerinnen" und „Der Schwur der Horatier" in autotypischen Reproduktionen beigegeben. Aus dem weiteren Inhalt der 12 Seiten starken Nummer erwähnen wir die politischen Gedichte „Bernhards Büchmann", „Die Berliner Gesundbeter", „Erpressung" und „Nur in Deutschland, da möcht' ich wohnen". Auch sonst ist die politische Satire noch reich in Wort und Bild vertreten, so daß wir unseren Lesern die Anschaffung der Nummer nur empfehlen können. Der Preis der Nummer ist 10 Pfg. und ist dieselbe durch die Buchhandlung Volksstimme und deren Kolporteure zu beziehen. —

Von der „Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 5 des 12. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf der Generalkommission zum vierten Gewerkschaftskongreß in Stuttgart. — Die Berliner Arbeitslosenzählung. — Die Thätigkeit der Assistentinnen in der bayerischen Gewerbeinspektion im Jahre 1901. Von a. br. — Die weiblichen Angestellten der Hamburger Bedürfnisanstalten und der Verein für hygieinische Zwecke. Von Louise Zietz. — Aus der Bewegung. — Notizenteil. —

An sämtliche Arbeitervereinigungen in Magdeburg.

Einer Anregung folgend, die in einer der letzten Parteiversammlungen gegeben wurde und die den Zweck haben sollte, eine übertriebene Ausnutzung des textlichen Teils unserer Zeitung durch unwichtige Vereinsnotizen unmöglich zu machen, faßte die Preßkommission in ihrer letzten Sitzung den Beschluß, daß in Zukunft — vom 1. März d. J. ab — die Vereinsnotizen zu bezahlen sind.

Wir wenden uns daher heute an alle

Gewerkschaften,
Turnvereine,
Gesangvereine,
Musikvereine,
Skatklubs
Krankenkassen u. a. m.

mit der dringenden Bitte, folgende Bedingungen bei der Aufgabe von Vereinsnotizen in Zukunft zu beachten:

Vom 1. März d. J. ab sind für die Benutzung des Vereinskalenders

pro Zeile 5 Pfg.

zu bezahlen. Vereine, welche ihre Uebungsstunde, ihre Vereinsabende resp. Versammlungen bisher wöchentlich ein- oder zweimal durch die „Volksstimme" bekannt gegeben haben, müssen — wenn dieses weiter geschehen soll — den Betrag monatlich oder vierteljährlich im voraus einsenden. Bei einer einmal wöchentlich erfolgenden Aufnahme einer dreizeiligen Notiz sind demnach 13 × 15 Pfg. = 1.95 Mk. für ein Vierteljahr einzusenden, bei zweimaliger Aufnahme das doppelte. Schickt irgend ein Vorstandsmitglied eine Vereinsnotiz mittels Briefes an die Redaktion ein, so ist der Betrag (für je 2 Zeilen 10 Pfg., für je 3 Zeilen 15 Pfg.) in Briefmarken beizulegen. Eine solche Notiz darf nur 4 Zeilen umfassen und nur Name und Sitz der Vereinigung, Ort, Zeit und Art der Veranstaltung enthalten. Sonstige Einzelheiten werden gestrichen.

Arbeiter, Parteigenossen! Wir hoffen, daß dieser Beschluß der Preßkommission nicht falsch gedeutet, sondern lediglich in dem Sinne aufgefaßt wird, daß die bisherige Ausnutzung des kostbaren Raumes unserer Zeitung endlich aufhören und der Raum für wichtigere Mitteilungen frei werden muß. An alle Arbeitervereinigungen Magdeburgs und Umgegend richten wir die dringende Bitte, den Beschluß zu beachten.

Der Verlag der „Volksstimme".

☞ Diese Bekanntmachung ist auszuschneiden und aufzubewahren!

Vereine und Versammlungen.

Metallarbeiter.

Die General-Versammlung der Verwaltungsstelle Magdeburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fand am Sonntag, den 23. Februar, im „Luisenpark" statt. Zum ersten Punkt erstattete der Geschäftsführer den Geschäfts- und Kassenbericht für das 4. Quartal 1901 und für das Jahr 1901. Der Kassenbericht zeigte für das 4. Quartal eine Einnahme in der Hauptkasse von 13 692 Mark, eine Ausgabe von 7896,17 Mark; somit verblieb ein Kassenbestand von 5795,83 Mark. Im Jahre 1901 betrug die Einnahme in der Hauptkasse 49 328,41 Mark, die Ausgabe 43 532,58 Mark. In der Lokalkasse wurden im 4. Quartal 3477,33 Mark vereinnahmt, verausgabt 3281,64 Mark; es verbleibt Kassenbestand 195,69 Mark. Im Jahre 1901 betrug die Einnahme der Lokalkasse 13 068,51 Mark, die Ausgabe 12 872,82 Mark. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 3076. In der Diskussion zu dem Bericht stellten die Redner fest, daß unter den erschwerenden Verhältnissen der Stand der Organisation ein guter genannt werden kann und zu weiteren Fortschritten die Hoffnung giebt. Gewicht ist darauf zu legen, daß durch die geleisteten Unterstützungen eine Stabilität in der Organisation erzielt worden ist. Auf diesen Zweig des Kassenberichtes kommen wir noch eingehend zurück.

Nach Erledigung des ersten Punktes durch Decharge-Erteilung für den Geschäftsführer erstattete Louis Hähnsen Bericht von der Bezirks-Konferenz in Hildesheim. In Hildesheim ist für den fünften Agitationsbezirk die Anstellung eines Bezirksleiters mit Sitz in Magdeburg beschlossen worden. Dieser Beschluß verursachte eine recht lebhafte Debatte, in der sich etliche Kollegen gegen den Beschluß aussprachen. Da indessen Aenderungen nicht möglich sind, gab die Versammlung ihre Zustimmung kund.

Die Erledigung der Berichterstattung vom Kartell konnte wegen Mangel an Zeit nicht erledigt werden. Die Versammlung überließ dem Vorstande mit den Delegierten die richtige Lösung dieser Frage. Die Versammlung war schwach besucht. Die Unpünktlichkeit der Besucher ist ebenfalls zu rügen. —

Mittwoch, 26. Februar:

Arbeiter-Turnverein Neustadt. Schüler-Abteilung. Jeden Mittwoch und Sonnabend Uebungsabend in der städtischen Turnhalle, Umfassungsstraße 26.

Mundharmonika-Verein Concordia, Alte Neustadt. Jeden Mittwoch und Freitag Uebungsstunde im „Schoppen", Rogätzerstr. 78.

Turnverein „Jahn", Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Zerbster Bierhalle", Schöningerstraße 22.

Turnverein „Vorwärts" Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunde in der städtischen Turnhalle am Königsweg.

Arbeiter-Radfahrerklub „Einigkeit" Alte Neustadt. Jeden Mittwoch abend Uebungsstunde in der „Krone," Moldenstraße.

Turnverein „Einigkeit", Buckau. Turnen der Damenabteilung jeden Mittwoch abend von 8½—10 Uhr im „Thalia", Buckau.

Orchester-Verein Neustadt. Jeden Mittwoch Probe (Streich- und Blasmusik) im Restaurant F. Haberland, Morgenstr. 34.

Groß-Ottersleben. Männer-Gesangverein. Jeden Mittwoch abend Uebungsstunde bei Strumpf.

Lemsdorf. Männer-Turnverein. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8—10 Uhr Uebungsstunde.

Benneckenbeck. Athleten-Club. Jeden Mittwoch und Sonnabend abend 8 Uhr Uebungsstunde bei Hoppe, Benneckenbeck.

Diesdorf. Athletenklub „Falke". Jeden Mittwoch und Sonnabend von 8 Uhr an Uebungsstunde bei Hildebrandt.

Barleben. Arbeiter-Turnverein „Jahn". Jeden Mittwoch und Freitag, abends 8 Uhr, Uebungsstunde bei C. Schrader.

Gommern. Arbeiter-Gesangverein. Jeden Mittwoch Uebungsstunde bei Bollmann.

Burg. Gesangverein „Vorwärts", Jeden Mittwoch abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Jesse.

Neuhaldensleben. Turnverein Jahn. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr Turnstunde im „Dianabad".

Marktberichte.

Magdeburg, 24. Februar. Weizen, Shirriff 165—169 Mk., Sommerweizen 164—168 Mk., Rauhweizen fehlt. Roggen 144 bis 148 Mk., je nach Lage der Station bezahlt. Gerste, Landware 150 bis 155 Mk., mittlere Chevaliers und feine Landgerste 160—168 Mk., gute Chevaliers 168—173 Mk. Feinste Qualitäten bleiben über höchste Notiz gesucht, fehlen aber fast ganz. Hafer 158—162 Mk. ab Station gehandelt. Erbsen, Victoria 200—220 Mk. je nach Qualität. Mais nur in runder Ware zu 127—129 Mk. am Markt, für Frühjahr 124 Mk. gefordert, Mixed fehlt. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null

					Fall	Wuch
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	22. Febr.	+ 0.14	23. Febr.	+ 0.14	—	—
Laun	„	+ 0.40	„	+ 0.33	0.07	—
Budweis	„	+ 0.14	„	+ 0.11	0.03	—
Prag	„	+ 0.48	„	+ 0.26	0.22	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	23. Febr.	+ 1.55	24. Febr.	+ 1.50	0.05	—
Trotha	„	+ 2.25	„	+ 2.34	—	0.08
Alsleben	„	+ 2 15	„	+ 2.20	—	0.05
Bernburg	„	+ 1.72	„	+ 1.73	—	0.01
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.72	„	+ 1.70	0.02	—
do. Unterpg.	„	+ 1.32	„	+ 1.32	—	—
Elbe.						
Pardubitz	22. Febr.	+ 0.20	23. Febr.	+ 0.18	0.02	—
Brandeis	„	+ 0.46	„	+ 0.38	0.08	—
Melnik	„	+ 0.34	„	+ 0.22	0.12	—
Leitmeritz	„	+ 0.32	„	+ 0.23	0.09	—
Außig	23. „	—	24. „	+ 0.53	—	—
Dresden	„	— 0.74	„	— 0.75	0.01	—
Torgau	„	+ 1.50	„	+ 1.47	0.03	—
Wittenberg	„	—	„	+ 2.22	—	—
Roßlau	„	+ 1.53	„	+ 1.61	—	0.08
Barby	„	+ 1.94	„	+ 2.00	—	0.06
Schönebeck	„	—	„	+ 1.84	—	0.06
Magdeburg	24. „	+ 1.60	25. „	+ 1.69	—	0.09
Tangermünde	23. „	+ 2.50	24. „	+ 2 51	—	0.01
Wittenberge	„	—	„	+ 2.21	0.01	—
Dömitz, Pegel	„	+ 1.68	„	+ 1.67	0.02	—
Lauenburg		+ 1.69	„	+ 1.67	0.02	—

und den königlich württembergischen Postanstalten gegen neue Postwertzeichen umgetauscht werden; auch tauschen die Reichspostanstalten in derselben Zeit unverwendet gebliebene württembergische Postwertzeichen gegen neue gemeinsame Wertzeichen um. Eine Einlösung alter Postwertzeichen gegen Bar ist dagegen ausgeschlossen." —

Kleine Chronik.

Mysteriöser Selbstmord.

Vergangenen Sonntag erhielt das Generalkommando in Metz eine Mitteilung, in welcher der Briefschreiber ankündigte, er werde sich am Denkmal der fünften Infanterie-Division unweit Gorze erschießen. Thatsächlich fand man daselbst die Leiche eines jungen Mannes vor, bei welcher nur ein Brief an den Kandidaten der technischen Wissenschaft Fritz B. in Berlin aufgefunden wurde. Näheres über die Persönlichkeit des Erschossenen konnte noch nicht festgestellt werden. —

Herr Schmidt.

Der frühere Direktor der Treber-Trocknungsgesellschaft Schmidt, wurde in Cassel bereits mehrmals vernommen; er bestreitet jede Schuld. Als Verteidiger hat Schmidt den Justizrat Seckel aus Göttingen angenommen. —

Eine furchtbare Roheit.

Am Sonnabend abend gegen 10 Uhr rissen mehrere raufluftige Burschen auf der Friedrichstraße in Laband-Herminenhütte vom Zaune des Hausbesitzers Kalitta Latten ab. Als Kalitta hinausging und die Burschen verwies, wurde er angegriffen und erhielt sofort einen tödlichen Lattenhieb, der einen Nagel ins Gehirn getrieben hatte. Der Erschlagene, ein sehr achtbarer und fleißiger Mann, hinterläßt Frau und sechs Kinder, von denen das älteste acht Jahre alt ist. Der Thäter, ein übel beleumdeter und oft vorbestrafter 25jähriger Mensch, namens Leschin, ist, wie der „Wanderer" meldet, verhaftet. —

Eine ganze Schweizer Ortschaft in Gefahr.

Durch Bergstürze ist die Existenz des Dorfes Schwanden bedroht, das in der Nähe des den Schweizer Touristen wohlbekannten Gießbaches bei Brienz im Berner Oberland liegt. Die Berner Regierung ist der Ansicht, daß alle Bewohner ihre Häuser werden verlassen müssen, um sich anderwärts anzusiedeln. Eine Specialkommission ist mit der Prüfung der Notlage der Gemeinde Schwanden beauftragt worden, und man beabsichtigt, das Terrain des Dorfes, wenn die Häuser abgebrochen und die Materialien weggeschafft sein werden, mit Wald zu bepflanzen. —

Kleine Tageschronik. Am Sonntag ist bei Königsberg i. Pr. auf dem Eis des Roschsees bei Johannisburg ein Fuhrwerk mit zwei Männern und drei Frauen eingebrochen. Die Insassen des Fuhrwerks und die Pferde sind ertrunken. — In Sonnenburg (Frankfurt a. O.) sind vier Knaben beim Schlittschuhlaufen eingebrochen, zwei sind ertrunken, zwei konnten gerettet werden. — Zwei wegen Strafthaten inhaftierte Soldaten vom 83. und 157. Infant.-Regiment sind aus dem Militärkastell am Fuldaflusse bei Kassel ausgebrochen und entflohen. — Ein Verein studierender Damen hat sich neuerdings an der Heidelberger Universität gebildet. Es ist das die erste Studentinnenverbindung. — Auf der Station Pommritz wurde der Schaffner Rothmann aus Görlitz beim Oeffnen einer Coupéthür von einem anderen Zuge erfaßt und getötet. — Das Kriegsgericht zu Breslau verurteilte den Lieutenant d. R., Referendar Schenke wegen Zweikampfes zu fünf Monaten, den Lieutenant Morawe vom Train-Bataillon Nr. 6 wegen Kartelltragens zu einem Tage Festungshaft. — Ueber den Nachlaß des kürzlich in Feuchtwangen plötzlich verstorbenen Banquiers Ludwig Bechmann wurde der Konkurs verhängt. Die Passiva sollen 2 Millionen betragen. — Auf den Berlin—Frankfurter D-Zug wurde am Montag bei der Station Roßla ein Attentat verübt. Ein Kugelschuß traf den Speisewagen und zertrümmerte einige Scheiben. Ein Herr wurde verletzt. — In einem Hotel in Olmütz hat sich am Montag ein elegant gekleidetes Paar, welches anscheinend aus Deutschland zugereist ist, erschossen. Es ist bisher nicht gelungen, die Identität der beiden festzustellen. — Große Veruntreuungen im Betrage von mehreren Millionen Kronen sind bei dem Bürgerlichen Brauhaus in Budweis entdeckt worden. Die Unterschlagungen reichen bis auf zehn Jahre zurück. Die gezahlten hohen Dividenden sind auf Grund falscher Buchungen herausgerechnet worden. — Der durch die New-Yorker Brandkatastrophe angerichtete Schaden wird auf nicht weniger als 6 600 000 Mark geschätzt. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 24. Februar 1902.

Messerhelden. Die Arbeiter Albert Deutsch und Martin Deutsch zu Neubau Hötensleben gerieten am 29. September 1901 in der Kaserne mit einem anderen Arbeiter in Streit und Schlägerei. Albert Deutsch schlug ihn mit einem Sensenbaum und Martin Deutsch versetzte ihm einen Messerstich in den Nacken. Der Gerichtshof erkannte gegen Albert Deutsch auf 25 Mark Geldstrafe und gegen Martin Deutsch auf 9 Monate Gefängnis. —

Angenehme Nachbarin. Die vielmals bestrafte ledige Anna Behrendt aus Schönebeck stahl am 23. August 1901 zu Staßfurt einer Frau, bei der sie nächtigte, einen Rock und am 8. Dezember im „Nobben", wo sie wohnte, einer Aufwärterin ein Umschlagetuch. Die Angeklagte wird zu 2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht verurteilt. —

Der Strafantrag gegen den eigenen Sohn. Der Konditorlehrling Paul Mewes aus Neustadt stahl seinem Vater im Jahre 1901 aus der Wohnung wiederholt Geldbeträge, zusammen 45 Mk., und benutzte zur Oeffnung der Behältnisse falsche Schlüssel. Der Vater zieht heute den Strafantrag zurück, weshalb das Verfahren wegen schweren Diebstahls eingestellt wird. Die entstandenen Kosten wurden dem Vater auferlegt. —

Unschuldig verurteilt. Der Arbeiter Johann Wierzba aus Staßfurt wurde von der hiesigen Strafkammer am 6. November 1901 wegen gefährlicher Körperverletzung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er für überführt erachtet wurde, am 6. April 1901 abends auf der Chaussee bei Förderstedt den Arbeiter Johann Gamlick mit einer Bierflasche auf den Kopf geschlagen zu haben. Im Wiederaufnahmeverfahren wird heute das Urteil aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen, weil durch Zeugen erwiesen wurde, daß nicht er, sondern ein anderer Arbeiter der Thäter gewesen ist. —

Vertagt. Die schon öfter vorbestraften Arbeiter Heinrich Schulze und Paul Heinemann aus Aken sind wegen Diebstahls angeklagt. Die Verhandlung wird zur Ladung von Zeugen vertagt. —

Ein notleidender Landwirt. Der frühere Gutsinspektor, jetzige Landwirt Traugott Stollberg aus Altenbrak schuldete dem Gärtner Herzberg zu Mennewitz 6 Mark Darlehen, und dieser hatte, als der Schuldner entlassen wurde und abreiste, seinen Mantel angeblich als Pfand zurückbehalten. Um ihn wieder zu erlangen, fertigte Stollberg im November 1901 fälschlich einen Brief mit der Unterschrift eines Gendarmen an, worin dem Herzberg mitgeteilt wurde, es sei Strafantrag gegen ihn gestellt, er solle den Mantel binnen drei Tagen zurückschicken. In Wirklichkeit hatte aber der Kutscher, dem Stollberg ebenfalls Geld schuldete, den Mantel an sich genommen. Der Gerichtshof erkennt auf eine Woche Gefängnis. —

Zartbesaitete Mitmenschen. Der Schmied Andreas Wehrmann aus Salbke und der Arbeiter Wilhelm Behrens aus Schönebeck gerieten am 20. Oktober 1901 auf dem Hofe des Gastwirts Dickhoff daselbst in Wortwechsel und gegenseitige Schlägerei. Hinterher in der Gaststube warf Behrens mit einem Bierglas nach Wehrmann und dieser ergriff dann angeblich zur Abwehr ein Bierglas, womit er seinen Gegner wiederholt in das Gesicht schlug und nicht unerheblich verletzte. Behrens wird zu 20 Mark Geldstrafe, Wehrmann zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Wien, 25. Februar. Nach Meldungen polnischer Blätter bestätigt es sich, daß die preußische Regierung in einer Note an die österreichisch-ungarische Regierung sich bereit erklärte, die Regierungsbezirke Oppeln, Liegnitz und Breslau für die Einfuhr von Vieh aus Oesterreich-Ungarn freizugeben. —

Rom, 25. Februar. Falls Giolitti sich weigern sollte, das Portefeuille des Innern weiter zu behalten, wird der König Gallo mit diesem Portefeuille betrauen. —

Salonichi, 25. Februar. Miß Stone ist gestern in Serres eingetroffen und wird heute hier erwartet. —

Ein Regent für die Niederlande.

Amsterdam, 25. Februar. Hiesige Blätter berichten, daß beide holländische Kammern demnächst zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen werden. Ueber die Ursache dieser Einberufung wird nichts mitgeteilt. —

London, 25. Februar. „Morningleader" veröffentlicht ein Telegramm aus dem Haag, welches die Einberufung der beiden Kammern im Haag bestätigt. Das Blatt weiß mitzuteilen, diese Einberufung geschehe, um einen Regenten zu wählen, welcher die Staatsgeschäfte während eines Jahres zu leiten beauftragt werden soll, um der jungen Königin zu erlauben, zur Herstellung ihrer Gesundheit eine längere Reise ins Ausland zu unternehmen. —

Die Verhandlungen in der Zuckerkonferenz.

London, 25. Februar. Die „Times" berichtet aus Brüssel: Die gestrige Sitzung der Zuckerkonferenz wurde durch die Delegierten der ungarischen Regierung vollständig in Anspruch genommen. Die Haltung der ungarischen Delegierten verhindern jeden Fortschritt der Konferenz; dieselbe mußte wiederum auf den nächsten Donnerstag vertagt werden, um den ungarischen Delegierten zu erlauben, neue Instruktionen von ihrer Regierung einzuholen. —

Frankfurt a. M., 25. Februar. Mit dem Vertreter einer Großmacht auf der Zuckerkonferenz hatte der Brüsseler Korrespondent der „Frankf. Ztg." eine Unterredung über den endgültigen Ausgang der Verhandlungen. Es sei auch heute noch kein sicheres Urteil möglich, doch lasse sich nicht leugnen, daß seit dem Wiederzusammentritt entschieden günstige Dispositionen vorhanden seien. Die Grundzüge der jetzt vorliegenden Konvention seien von Belgien unterbreitet. Die englischen Delegierten und Graf Khevenhüller nehmen den lebhaftesten Anteil an den Verhandlungen, die vermutlich die ganze kommende Woche dauern werden. Es stehe fest, daß die deutsche und österreichische Regierung nicht gewillt seien, ausschließlich die Interessen der Produzenten zu verfechten. —

Ein Wagenunfall Prinz Heinrichs.

London, 25. Februar. Die Exchange-Telegraphen-Kompanie veröffentlicht ein Telegramm aus Washington, welches Einzelheiten über einen Zusammenstoß des prinzlichen Wagens mit einer Privatequipage enthält. Es wird darin mitgeteilt, daß, während der Landauer des Prinzen Heinrich in der Pennsylvania-Avenue um eine Ecke bog, ein anderer Landauer, von der entgegengesetzten Seite kommend, ihn anfuhr; die Deichsel des Wagens stieß in den prinzlichen Wagen und veranlaßte nicht unerhebliche Verletzungen des den Prinzen Heinrich begleitenden Staatssekretärs Hay, der auch Verletzungen durch Glassplitter erlitt. Prinz Heinrich kam mit dem bloßen Schrecken davon. —

London, 25. Februar. Der Wochenbericht Lord Kitcheners stellt fest, daß die Verluste der Buren während der letzten acht Tage 28 Tote, 12 Verwundete und 219 Gefangene betrugen. 104 Buren ergaben sich. Lord Kitchener berichtet weiter, daß die Kapkolonie von den Buren ziemlich gesäubert ist. Er teilt ebenfalls mit, daß eine neue Kombination englischer Kolonnen gegen Dewet im Oranje-Freistaat im Anmarsch ist. (Die natürlich wieder ergebnislos sein wird. Red.) Die englischen Verluste während der letzten Woche beliefen sich auf 46 Tote, 99 Verwundete, 21 Gefangene und 126 an Krankheiten Verstorbene. —

Brüssel, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die liberalen und sozialistischen Studenten setzen ihre Kundgebungen fort. Sie durchziehen die Straßen mit dem Rufe: „Nieder mit den Katholiken". Vor einem katholischen Institut wurde die Menge durch die Polizei zerstreut. —

Paris, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Subskription für das Denkmal der ermordeten Brierreschen Kinder ergiebt bis jetzt eine Summe von 2000 Frank. —

Paris, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In Près-St.-Germain brachen Diebe in die Kirche ein und raubten den Opferstock wie auch sämtliche Kunstgegenstände. —

Paris, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ein aus der Irrenanstalt entlassener junger Mann erschlug seinen 56 Jahre alten Vater und ergriff dann die Flucht, er ist jedoch bereits festgenommen. —

Paris, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In Lagadier schlug ein Boot mit 7 Personen um; 5 ertranken, 2 wurden gerettet. —

Brüssel, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern abend wurde die Zucker-Fabrik von Groffe u. Co. in der Vorstadt Molenbeck ein Raub der Flammen. Der Materialschaden ist bedeutend. —

Briefkasten.

Peter M., hier. Die Berücksichtigung von Familienvätern seitens des städtischen Arbeitsnachweises ist an sich berechtigt. —

Große öffentliche
Gewerkschafts-Versammlung

Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr
im „Dreikaiserbund", Große Storchstraße Nr. 7.

Tages-Ordnung:

1. **Fortsetzung der Diskussion von der am 27. Januar 1902 im „Luisenpark" abgehaltenen Gewerkschafts-Versammlung über das Gewerkschaftskartell und seine Bedeutung.**
2. **Die Beseitigung von Differenzen zwischen den einzelnen Organisationen.**
3. **Verschiedenes.** 2307

Gewerkschaftsgenossen! Hiermit kommen wir dem uns gewordenen Auftrage nach und erwarten eine rege Beteiligung von allen Seiten. Wir bemerken noch, daß die Aeußerung über die Thätigkeit der Kartelle in Stendal, Staßfurt und in anderen Orten die Benannten veranlaßt hat, Erklärungen und Proteste an uns einzusenden, mit der Bitte, diese der Arbeiterschaft Magdeburgs zu unterbreiten.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und bitten wir deswegen um rechtzeitigen und guten Besuch.

Der Einberufer.

Allg. Ortskrankenkasse für verschiedene Berufe zu Aschersleben.

Von heute ab beginnt die Einziehung der Beiträge pro Januar (30. 12. bis 1. 2.) 1902.

Aschersleben, 24. Februar 02.

1866 **Der Vorstand.**

Volksverein Aschersleben.

Sonntag, den 2. März abends 8 Uhr: 2227

Versammlung!

Aschersleben.

Zum 1. April wird für hiesige Stadt ein

Austräger für die „Volksstimme"

gesucht. Geeign. Bewerber wollen sich umgeh. b. Gen. **Mikowsky** melden.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Fernsprech-Anschluß 1409.

Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9—1 Uhr, nachm. 3½—7½ Uhr.

Kl. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatsachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.

Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb.

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal **nach hier und auswärts.**

Stellung suchen:

Viele gelernte und ungelernte Arbeiter, Kutscher, Hausdiener, Haus- und Laufburschen, ferner Mädchen für alles mit und **ohne Kochkenntnisse** Kindermädchen, Kinderfräuleins **Aufwartungen und Waschfrauen.**

Juvana Sparkaffee

aus fein gemahlenem

Bohnenkaffee

hergestellt mit einem Zusatz aus nahrhaftesten und kräftigsten Früchten gewonnenen Surrogaten.

Ganz vorzüglich im Geschmack!

Grösste Ersparnis im Haushalt!

1 Pfund **60** Pfennig.

Paul Bähr

2168 **Kaffee-Special-Geschäft**

Magdeburg

Himmelreichsstrasse No. 1

Möbel u. Polsterwaren etc. sehr billig bei 1964

Friedr. Schmidt, Tischlermstr.

Buckau, Schönebeckerstr. 16.

Ia. Sauerkohl à Pfd. **4** Pfg.
Schnittbohnen à Pfd. **13** Pfg.
Saure Gurken 3 Stück **10** Pfg.
Lüneburgerstr. 30.

Gänsepökelfleisch bei **Moritz Weinberg,** Himmelreichsstr. 12.

Zur Einsegnung

empfehle ich zu **sehr billigen Preisen**

Kleiderstoffe in schwarz, farbig und weiß

in großer Auswahl

Unterröcke verschiedenster und geschmackvollster Ausführung.

Max Kraft

2142 **Sudenburg**

Gratis verlange man von jedem Kolporteur ein Verzeichnis von Meyers Volksbüchern. Zu haben in der **Buchhandlung Volksstimme.**

Häusler-Kaffee

rein naturell geröstet,

Marke	Konsum	per Pfd.	100 Pf.
„	Imperial	„ „	120 „
„	Delicato	„ „	140 „
„	Brillant	„ „	160 „
„	Superb	„ „	180 „
„	Dessert	„ „	200 „

Häusler-Kakao

garantiert rein

Nr. 5	à Pfd.	140 Pf.,	5 Pfd.	6.70 Mk.
Nr. 4	à „	160 „	5 „	7.60 „
Nr. 3	à „	200 „	5 „	9.50 „
Nr. 2	à „	240 „	5 „	11.25 „

Häusler-Schokolade

garantiert rein

Nr. 5	à Pfd.	100 Pf.,	5 Pfd.	4.80 Mk.
Nr. 4	à „	120 „	5 „	5.60 „
Nr. 3	à „	160 „	5 „	7.40 „

ff. Bruch-Schokolade garantiert rein

außerordentlich wohlschmeckend und bekömmlich

5 Pfund **4.75** Mark 10 Pfund **9.00** Mark

Täglicher Versand durch **48** eigene Gespanne. Wöchentliche Lieferung stets an demselben Wochentage von ½ Pfund an frei ins Haus. Postsendungen von 5 Pfund an franko gegen Nachnahme.

Max Häusler

Erstes Special-Kaffee-Versand-Geschäft

Magdeburg-N., Neuhaldenslebenerstr. 1.

2305 Fernsprecher 3847.

Filialen in Berlin und München 2c.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

bringt u. a. in **Nr. 21** nachstehendes:

Fr. Mehring, Ueber den Absolutismus.
F. Diederich, Victor Hugo.
J. Longuet, Die Situation der sozialistischen Bewegung in Frankreich.
J. Karski, Die Krise in Rußland.
D. Zinner, Die Gründungsthätigkeit im Jahre 1901.
Splitter. — Litterarische Rundschau.

Preis pro Nummer 25 Pfennig

einzeln zu haben in der

Buchhandlg. Volksstimme.

Großer Möbel-Ausverkauf.

10 Prozent Rabatt bis 20. Februar.

Wegen **Umbau meiner Möbelspeicher** muß das **ganze Lager** schnellstens geräumt werden. 2044

Günstigste Gelegenheit für Brautpaare und Möbelverkäufer.

Größte Auswahl in:

Garnituren, Buffets, Zierschränken, Trumeaus, Sofas, Bettstellen, Küchenmöbeln, Luxusmöbeln usw. usw. — Vollständige Salons, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer.

Gekaufte Möbel können frei lagern.

Möbelfabrik und Magazin

W. Schottstedt, Magdeburg

Gr. Münzstraße 2, nahe am Breitenweg.

Wir Waschweiber wollten wohl weisse Wäsche waschen, wenn wir wüssten, welches Waschmittel wirklich weisse Wäsche wäscht? Das thut

Dr. Thompson's Seifenpulver

mit dem SCHWAN.

Man verlange es überall!

Verband der Zimmerer

Zahlstelle Magdeburg.

Sonnabend, den 1. März, im „Dreikaiserbund"

VI. Stiftungsfest.

Für Unterhaltung während der Kaffeepause ist gesorgt.
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

691 **Der Vorstand.**

Möbel-Einrichtungen

Grösste Auswahl

in den grossen Läden und 5 Möbelspeichern

J. Mook

Magdeburg

jetzt nur 2018

51 Jakobsstrasse 51

dicht beim Standesamt gegenüber dem Rathaus.

Briefkassetten von 50 Pf. a

empfiehlt die **Buchhandlung Volksstimme.**

Fleisch-Offerte.

Rindfleisch zum Kochen
Pfd. 60 und 65 Pf.

Rindfleisch zum Schmoren
Pfd. 70 und 80 Pf.

Alle Fleisch- und Wurstwaren
in bekannter Güte.

Otto Gerecke

Sudenburg 2220

Halberstädterstraße.

Was muss man von der Kulturgeschichte wissen?

Altertum. Mittelalter. Neuere Zeit. Von Dr. Erich Meißner. Mk. 2.—

Zu haben in der **Buchhandlung Volksstimme.**

Fr. Bethge

Druckerei der Volksstimme · Magdeburg

Grosse Münzstrasse Nr. 3

fertigt schnellstens sauber, preiswert:

- **Versammlungszettel**
- **Flugblätter**
- **Plakate**
- **Statuten, Quittungsbücher**
- **Sämtliche Formulare für Krankenkassen u. Gewerkschaften**
- **Programme**
- **Eintrittskarten**
- **Drucksachen für Private und Geschäfte**

Auswärtige Aufträge werden prompt erledigt

Was muß man von der Naturheilkunde wissen?

Von Dr. med. C. Sturm.
1 Mark.
Buchhandlung Volksstimme.

---

18 Blauebeilstraße 18

Damen- und Herren-Kleider

werden sauber und bei mäßigen Preisen gereinigt und gefärbt. Stoffe zum Dekatieren für Geschäfte per Meter 5 Pf.

H. Munderloh. 2224

18 Blauebeilstraße 18

Fabrik Groß-Ottersleben.

Pflaumenmus

anerkannt **beste Qualität** offeriert v. 5 Pfd. an **p. Pfd. 15 Pf.**

Gustav Köhler

Pflaumenmusfabrik m. elektr. Betrieb **Leipzigerstraße 14.** H3

Homöopathie

Größte Verschwiegenheit!

Hilfe für innere und äußere Krankheiten u. chron. Leiden. **Großer Erfolg! Keine Berufsstörung.** Ueberzeugung macht wahr. **Hoffmeister,** homöopath. Prakt., Magdeb. Bismarckstr. 7. Sprechst. 8—5 und 7—9 Uhr. Schriftl. schnellste Zusend.

Dampfbäd., Massag., Packg. etc.

für Damen und Herren

Grosse Schulstr. 4, I., H. Fröhbrodt.

Ein **gutgehendes Restaurant wird zu pachten gesucht.** Gefl. Offert. unter **R. T. 686** an die Expedition dieses Blattes. 686

Geschmackvolle

Wandsprüche

in vielen Mustern.

Passend **zur Ausschmückung von Restaurationen, Vereinslokalen, Junggesellen- und Familienwohnungen.**

Nur 40 Pfg.

Zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme

Guter Komiker empfiehlt sich. Off. unter **O. H.** an die Exp. d. Bl.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims Neueweg 1/2.

Mittwoch: Biersuppe mit Schneeklößchen, Teltower Rübchen, selbstgestopfte Bratwurst, Salzkartoffeln oder Wildsuppe, Königsberger Klops und Salzkartoffeln.
Donnerstag: Savoyensuppe oder Brühsuppe mit Nudeln, gefüllte Kalbsbrust und Kartoffelsalat.
Freitag: Kartoffelsuppe, Schellfisch, Salzkartoffeln und Mostrichbutter oder Brühsuppe mit Graupen, Hammelfleisch und Zwiebelsauce und Salzkartoffeln.
Sonnabend: Brühsuppe mit Prinzeßklößchen, Rindfleisch und Beschamelkartoffeln od. Omelette m. Carotten.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen Hauptwache 5 und Neustadt, Schmidtstraße 61.

Mittwoch: Kohlrüben mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Sauersüße Graupen mit Backpflaumen und Rindfleisch
Freitag: Schmorkohl mit Salzkartoffeln und Würstchen.

Walhalla.

Donnerstag, der 27. Februar:

Benefiz

für

Traudchen Hundgeburth

die rheinische Dorf-Yvette

Täglich wechselndes Programm.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 26. Februar 1902.

Das Ewig-Weibliche.

Standesamt.

Magdeburg, 24. Februar.

Aufgebote: Barbierh. Ernst Georg Freitag in Frohse mit Auguste Luise Meißner in Biere. Erdarb. Herm. Daenecke mit Anna Sachse hier Gärtner Friedrich Riemecker in Buckau mit Emma Pahlisch hier.

Geburten: Brunhilde, T. des Schuhm. Daniel Hartmann. Irma, T. des Arb. Franz Diedrich. Margarete, T. des Maurers Richard Brockhoff. Wally, T. des Handschuhm. Ed. Scharfenberg. Anny, T. des Schlossers Karl Schröder. Rudolf, S. des Eisenbahnarbeiters Rud. Gutheil.

Todesfälle: Franz Hoppe, Vers.-Beamter, 41 J. 3 M. 7 T. Ww. Auguste Schulz geb. Kliemisch, 51 J. 3 M. 7 T. Ulrike geborne Einsiedel, Ww. des Böttchermeisters Friedrich Röder, 80 J. 5 M. 10 T. Gottlieb Voigt, Privatm., 63 J. 10 M. 5 T. Johann, S. d. Hausdieners Wilhelm Ottemann, 12 T. August Wickmann, Glasermstr., 32 J. 4 M. 29 T. Paul, S. des Hausdieners Fritz Senftleben, 1 J. 21 T. Bruno Wetzel, Prokurist der Magd. Lebens-Vers.-Gesellsch., 48 J. 4 M. Wilhelm Meyer, Rentier, 85 J. 3 M. Minna geb. Torger, Eheir. des Kaufm. Otto Hübke, 48 J. 1 M. 4 T. Hermann, S. des Feuerwehrmanns Hermann Schröder, 1 T. Friedrich Mulkow, Maurer, 77 J. 3 M. 7 T. Ferd. Bach, Privatmann, 70 J. 3 M. 28 T. Hedwig Gäbler, unverehelicht, 32 J. 4 M. 16 T.

Sudenburg, 24. Februar.

Aufgebote: Kutscher Wilhelm Ernst Eugen Schlütter mit Minna Anna Giebel. Arb. Emil Wilhelm Rieth mit Anna Agnes Frieda Hentschel. Eisenb.-Hilfsbremser Ernst Hermann Grüneberg in Magdeburg mit Martha Emma Ida Davidis h.

Geburten: Franz, S. des Klempn. Franz Heimann. Emmy, T. des Arb. Kurt Beyer. Otto, S. des Tischlers Paul Lange. Else, T. des Straßenb.-Wagenführers Paul Knoche. Margarete, T. des städt. Lehrers Paul Werner.

Todesfälle: Hermann, S. des Schmieds Hermann Paul, 4 M. 3 T. Arb.-Invalid Eduard Richter, 70 J. 8 M. 7 T. Elisabeth geb. Salomon, Ehefrau des Tischlermstrs. Christ. Müller, 76 J. 1 M. 1 T. Max, S. des Fleischers Franz Grosse, 8 M. 8 T. Ww. Baronowski, Ella geborne Heye, 55 J. 5 M. 13 T. Willy, unehelich, 7 J. 6 M. 23 T.

Buckau, 24. Februar.

Aufgebote: Eisendreh. Herm. Otto Emil Krätschmar in Staßfurt mit Elise Mathilde Räcke hier. Eisenb.-Beamter Friedrich Wilhelm Keil in Magdeburg mit Alma Ottilie Klara Elies hier.

Geburten: Martha, T. des Hilfsbremsers Franz Walther. Margarete, T. des gepr. Lokomotivheizers Friedr. Schöne.

Todesfall: Paul, S. des Bohristen Franz Krause, 15 J. 1 M.

Neustadt, 24. Februar.

Aufgebote: Rangierarbeiter Josef Mikos mit Anna Ida Marianne Braun. Fabrikarbeiter Gustav Ferdinand Felix Zimmermann mit Martha Emilie Alwine Herbst.

Geburten: Kurt, S. des Kutschers Ferd. Oehm. Else, T. des Straßenbahn-Wagenführ. Wilh. Gensewig. Erich, S. des Arbeiters Gust. Menz. Ella, T. des Töpfers Wilh. Knabe. Reinhold, S. des Tischlers Reinhold Litta. Gertrud, T. des Tapezierers und Dekorateurs Gustav Ferchland.

Todesfälle: Handelsmann Leopold Gierach, 69 J. 7 M. 4 T. Hans Heinrich, unehelich, 10 T. Rudolf, S. des Zimmermanns Rud. Plate, 8 M. 21 T. Buchbindermeister August Eggers, 44 J. 11 M. 29 T. Privatm. Abel Solle, 75 J. 4 M. 6 T. Hans, S. des Feuerwehrm. Heinr. Reinhold, 9 M. 5 T.

Burg, 20. Februar.

Aufgebote: Maurer Wilhelm Paul Zwanzig mit Anna Ida Koch. Handschuhmacher Gustav Richard Baurittel mit der geschied. Wilsky, Dorothee Wilhelmine geb. Stille.

Todesfall: Anna, T. des Arbeiters Karl Voigt, 9 J.

Vom 21. Februar.

Todesfall: Ww. des Schuhmachers Ihbe, Amalie geb. Geisler, 73 J.

Vom 22. Februar.

Eheschließung: Schneider Friedrich Hermann Dirrwald mit Marie Ida Heisinger.

Geburten: Sohn des Arb. Hermann Heiland. Sohn des Schuhmachers Wilhelm Hube. Sohn des Tischlers Wilh. Braatz. Tochter des Arbeiters Andreas Doßmann. Tochter des Handschuhm. Karl Grandke. Tochter des Schmieds Karl Lehmann.

Todesfälle: Emil Walter, S. des Arbeiters Karl Gaza, 1 M. Else, T. des Dachdeckers Friedrich Krach, 4 M.

Aschersleben.

Aufgebot: Arbeiter Otto Helmdag mit Pauline Prokopp.

Geburt: Sohn des Tischlermeisters Julius Augusto.

Todesfälle: Klempner Ludw. Helwig, 47 J. 8 M. 22 T. Elise, T. des Arbeiters Louis Schröter, 10 T. Karl, S. des Arb. Heinrich Beckmann, 1 J. 29 T.